

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

32. Sitzung vom 25. September 2017 von 18:00 bis 21:50 Uhr im Casino Wohlen

---

**Vorsitz** Andrea Duschén, Präsident

**Protokollführung** Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz**

**Einwohnerrat**

Mitglieder des Einwohnerrats: 35

Absolutes Mehr: 18

Zweidrittelsmehr: 24

**Gemeinderat**

Paul Huwiler, Vizeammann

Bruno Breitschmid, Gemeinderat

Ruedi Donat, Gemeinderat

Urs Kuhn, Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeinderat

Roland Vogt, Gemeinderat

**Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber

Sabrina Siegrist, Kanzlei

Roland Konrad, Leiter Abteilung Planung, Bau und Umwelt

Zeliha Kuscuoglu, Leiterin Liegenschaften

Christoph Meyer, Leiter Tiefbau

Carmine Monteleone, Projektleiter Hochbau

Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege

Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz

Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung

**Entschuldigungen**

Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon

Daniela Oftinger, CVP

Stefanie Dietrich, CVP

Roland Büchi, SVP

Walter Badertscher, SVP

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 13151 Neues Führungsmodell Gemeinde Wohlen - operative Umsetzung
3. Bericht und Antrag 13152 Kreditabrechnung Vorstudie zur Umsetzung der Schulraumplanung
4. Bericht und Antrag 13153 Umsetzung Schulraumplanung – Vernehmlassungsbericht und Variantenentscheid zwischen:  
A. Verpflichtungskredit zur Begleitung der Generalplanersubmission  
B. Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Vergleichsstudie
5. Bericht und Antrag 13154 Entwicklung Sportanlage Hofmatten – Verpflichtungskredit für das Projekt Neubau Turnhalle
6. Bericht und Antrag 13149 Sanierung und Umgestaltung der Allmendstrasse, Abschnitt Sorenbühlweg – Mattenhofweg
7. Bericht und Antrag 13150 Sanierung und Umgestaltung Sorenbühlweg West
8. Motion 13131 betreffend Risikosenkung für die Einwohnergemeinde bezüglich Pensionskasse / Personalvorsorge der Gemeinde Wohlen/Anglikon  
▶ Der Gemeinderat lehnt die Motion ab
9. Postulat 13132 betreffend Zukunftsgestaltung der Pensionskasse mit Abzug des Koordinationsabzug / Personalvorsorge der Gemeinde Wohlen / Anglikon  
▶ Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab
10. Motion 13133 betreffend Steuerfussausgleich  
▶ Der Gemeinderat lehnt die Motion ab
11. Motion 13135 Rasche Realisierung der Aufwertung der Zentralstrasse  
▶ Der Gemeinderat lehnt die Motion ab
12. Antwort zur Anfrage 13108 betreffend Vollzug des Reglements über den Ausgleich von Planungsmehrwerten und Überbauungspflicht
13. Antwort zur Anfrage 13140 betreffend Mietverträge gemeindeeigene Liegenschaften

Duschén Andrea, Präsident: Gratuliert den gewählten Gemeinderatskandidaten und erwähnt, dass die heutige Sitzung bis 22.00 Uhr dauern wird und allfällige nicht behandelten Traktanden auf eine nächste Sitzung verschoben werden.

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 28. August 2017 zu verzeichnen:

- Einladung zur Informationsveranstaltung betreffend operative Umsetzung des neuen Führungsmodell der Gemeinde Wohlen am 2. September 2017
- Bericht und Antrag 13151, Neues Führungsmodell Gemeinde Wohlen – operative Umsetzung
- Bericht und Antrag 13152, Kreditabrechnung – Vorstudien zur Umsetzung der Schulraumplanung
- Bericht und Antrag 13153, Umsetzung Schulraumplanung – Variantenentscheid und zwei Verpflichtungskredite
- Bericht und Antrag 13154, Entwicklung Sportanlage Hofmatten – Verpflichtungskredit für das Projekt Neubau Turnhalle
- Einladung zur 32. Einwohnerratssitzung vom 25. September 2017
- Planunterlagen zur Sanierung und Umgestaltung der Allmendstrasse und Sorenbühlweg West
- Budget (13155) der Gemeinde Wohlen 2018
- Finanzplan (13156) der Gemeinde Wohlen 2018 bis 2027
- Prüfungsbericht der Finanzkommission zur Kreditabrechnung Vorstudie zur Umsetzung der Schulraumplanung
- Einladung zur 33. Einwohnerratssitzung vom 16. (und eventuell 17.) Oktober 2017
- Anfrage 13157 von Werner Dörig, Polizeiliche Versorgung auf dem Gemeindegebiet Wohlen
- Anfrage 13158 von Christian Lanz, Rückstellungen Schulpflege
- Bericht und Antrag 13159, Tennis Club Wohlen Niedermatten – Finanzierungsbeitrag betreffend Fundamentierung und technische Erschliessung für Neubau Energie-Tragflurhalle
- Bericht und Antrag 13160, Kreditabrechnung - Ersatzbeschaffung ICT-Infrastruktur Schule Wohlen

Es liegt auf:

- Einladung zum Wirtschaftstreffen vom 25. Oktober 2017

### **Marco Palmieri neu parteiloser Einwohnerrat**

Palmieri, Marco, parteilos: In dieser Legislatur habe ich fünf politische Vorstösse getätigt. Vier Vorstösse verfolgten das Ziel der Effizienzsteigerung, Kostenoptimierung und Risikosenkung. Ein Vorstoss, mit der Anfrage 13120 vom 14. September 2016 betreffend Standortmarketing Kosten/Nutzen, bei welcher eine Antwort bis heute vom Gemeinderat fehlt, obwohl gemäss Reglement dies innert einem Jahr vom Gemeinderat beantwortet sein sollte. Anstatt Sachpolitik zu betreiben und bei den Spar-, Risiko- und Effizienzsteigerung unterstützt zu werden, wird Personalpolitik betrieben. Das Wort „Sparen“ wird gesprochen, aber es passiert nichts, es erfolgt vom Gemeinderat auch keine klare Ansage mit dem Ziel, den Steuerfuss zu senken und unsere Gemeinde im Kanton für gute Steuerzahler, attraktiv zu machen. Sich trauen! Es wäre schon zufriedenstellend, wenn man ein Anzeichen von Sparbemühungen erkennen könnte. Diese Legislatur werde ich noch zu Ende bringen, meine Vorstösse sachlich unabhängig zum Wohle von Wohlen vertreten, mit der Hoffnung, doch eine mehrheitliche Unterstützung im Rat zu finden. Meine Worte zu meinen Wähler und Wählerinnen werde ich einhalten.

## **Verabschiedung Corinne Manimanakis**

Duschén Andrea, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Corinne Manimanakis, SP und bedankt sich bei ihr für den ausserordentlichen Einsatz in der Wohler Politik.

**Bericht und Antrag 13151 Neues Führungsmodell Gemeinde Wohlen - operative Umsetzung**

---

Sax Simon, GPK: Im Nachgang zur Gesamtrevision der Gemeindeordnung und der Vergütungsreglemente ist der vorliegende Bericht und Antrag, also die operative Umsetzung des neuen Führungsmodells, der logische und letzte Schritt, damit die Gemeinde fortschrittlich und hoffentlich wirkungsvoll geführt werden kann. Der Inhalt der neuen Organisation ist allen bekannt. Das Geschäft war in der GPK im Grundsatz unbestritten. Fragen stellten sich zu folgenden beiden Themenkreisen:

1. Gibt es Auswirkungen auf die Gehälter der Abteilungsleitenden, die nicht Bereichsleiter und somit Mitglieder der Geschäftsleitung werden? Hier konnte uns plausibel erklärt werden, dass das nicht der Fall sei, da alle betroffenen Mitarbeitenden ihre ursprüngliche Aufgabe weiter wahrnehmen. Vielmehr übernehmen die neuen Bereichsleiter zusätzliche Aufgaben.
2. Ist die neue Stelle „Abteilungsleiter Gesellschaft, Kultur und Sport“ tatsächlich nötig? Hier wurde uns erklärt, dass diese Themen aktuell nur stiefmütterlich bearbeitet werden. Es bestehe dringender Bedarf, sich den Themen, beispielsweise Kinderbetreuung, Alter oder Leistungsvereinbarungen, gezielt anzunehmen.

Die GPK beurteilt das neue Führungsmodell als durchdacht und die damit verbundenen Reformen als notwendig. Die GPK stimmt allen drei Anträgen einstimmig zu.

Zeitsparend teile ich gleich mit, dass dies auch der Fraktionsmeinung der GLP/EVP entspricht.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bedanke mich ganz herzlich beim Sprecher der GPK für die treffende Zusammenfassung. Da Ihnen der vorliegende Bericht und Antrag anlässlich einer Orientierungsversammlung bereits vorgestellt wurde, verzichte ich ihn nochmals in die Details und in die Tiefe zu steigen. Für Fragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

### Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Wir Grüne haben dem neuen Führungsmodell zugestimmt und befürworten jetzt auch einstimmig die operative Umsetzung. Es bleibt auch mit diesen zusätzlichen 330 Stellenprozenten eine schlanke Verwaltung. Die Gemeinde muss die heute anstehenden Aufgaben lösen können und wir sind dafür verantwortlich, dass die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Ebenfalls stimmen wir auch der Abschreibung der Motion 13069 und des Postulates 13070 zu.

Uhr Vinzenz, CVP: Die Fraktion CVP bedankt sich bei allen Beteiligten für diesen detailliert ausgearbeiteten Bericht und Antrag. Dieser Bericht und Antrag war keine Überraschung und der logische nächste Schritt zur angenommenen Gemeindeordnung. Die CVP stimmt Ja zum Bericht und Antrag und zur Abschreibung der Motion und des Postulates.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat den vorliegenden Bericht und Antrag eingehend geprüft. Einerseits tun wir uns schwer mit den damit verbundenen neuen Kosten. Entspricht es doch knapp einem Steuerprozent. Andererseits sind wir uns bewusst, dass die zukünftigen schwierigen Herausforderungen in der Gemeinde eine Anpassung der Führungsstrukturen fordern. Ein fortschrittliches Führungsmodell, so wie es uns vorliegt, kann uns dabei helfen. Durch die organisatorischen Anpassungen erhoffen wir uns deutliche Effizienz- und Effektivitätssteigerung. Dies bedeutet auch die Überprüfung und Optimierung der bestehenden Prozesse. Dazu gehört beispielsweise die Implementierung eines IKS (Internes Kontrollsystem). Ein weiteres Anliegen ist uns, dass die AHA Motion (13077) zum ausgeglichenen Haushalt vom 8. Oktober 2015 endlich bearbeitet wird. Mit den zusätzlichen personellen Ressourcen müssen solche Altlasten rascher bearbeitet werden. Auch begrüßen wir Bestrebungen zu mittelfristigen Kostenminderungen, wie beispielsweise die Reduktion der externen Beratungsmandate oder die Schaffung eines Gemeindebüros, welches zur Förderung von effizienten Verwaltungsabläufen beiträgt. Wir sind zuversichtlich, dass das neu zusammengesetzte politische sowie verwaltungsorientierte Führungsteam mit viel Weitsicht, kompetenten Entscheidungen und effizientem Handeln unsere Gemeinde erfolgreich in die

Zukunft führen wird. Wir wünschen Ihnen dabei alles Gute. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon wird den vorliegenden drei Anträgen mehrheitlich zustimmen.

Manimanakis Corinne, SP: Auch die Fraktion der SP steht nach wie vor hinter dem neuen Führungsmodell. Wir haben A gesagt, wir haben B gesagt und wir haben sogar C gesagt. Lasst uns zum D gehen, was so viel bedeutet, wie Durchsetzen. Wir möchten grünes Licht geben. Der Gemeinderat hat eine klare Strategie und ist auf einem guten Weg, dass die Gemeinde Wohlen die personellen Ressourcen und Fachkräfte, welche eine moderne Gemeinde benötigt, bekommt. Die SP stimmt den vorliegenden drei Anträgen zu und wünscht dem Gemeinderat gutes Gelingen bei der Umsetzung des Führungsmodells.

Dörig Werner, FDP/Dorfteil Anglikon: Die FDP und der Dorfteil Anglikon nehmen den Bericht und Antrag zur Kenntnis und folgen dem Gemeinderat in seinen Anträgen um Umsetzung der Vorlage und um Abschreibung von Motion 13069 und Postulat 13070. Mit dem neuen Führungsmodell erhält die Gemeinde eine moderne, zeitgemässe Organisations- und Führungsstruktur, was aber nicht heisst, dass sich das bisherige Modell nicht bewährt hat. Erst die Praxis wird zeigen, ob das neue Führungsmodell alltagstauglich sein wird und sich die Kommunikation (so wie es in der Vorlage beschrieben ist) zwischen Politik und Verwaltung, sowie innerhalb der Verwaltung, verbessern wird. Es ist uns aber auch klar, dass am 1. Januar 2018 nicht ein Knopf gedrückt werden kann und dann alles anders sein wird. FDP und Dorfteil Anglikon vermerken positiv, dass mit den fünf Bereichsleitungen nicht nur neue Funktionen und Stabsdienste im Sinne einer aufgeblasenen Verwaltung geschaffen worden sind, sondern dass die Bereichsleiter auch weiterhin ihre Abteilung operativ führen werden. So wird unserer Ansicht nach Fachkompetenz und Erfahrung weiterhin Bestand haben. Kritisch begleiten werden wir alle Ressorts – ob neugeschaffen oder nicht. Trotz den neuen Strukturen – oder erst recht wegen diesen neuen Strukturen – liegt es in der Natur der Sache, dass wir, wenn wir es für notwendig finden, weiterhin um oder wegen externer Beratungsaufwände oder wegen der Besetzung und Qualität einzelner Stellen streiten werden. Ob und in welcher Form dem neuen Führungsmodell zum Durchbruch verholfen werden kann, entscheiden nicht Zahlen – 7 oder 5 Gemeinderäte, 80 oder 60 Stellenprozente, 9 oder 5 Verwaltungsabteilungen – sondern es sind Personen und Persönlichkeiten aller Stufen. Sie alleine befinden über Erfolg oder Misserfolg.

#### **Einzelvoten:**

Palmieri Marco, parteilos: Mit dem neuen Führungsmodell beabsichtigte man eine Effizienzsteigerung. Dieses Vorgehen mag in personeller als auch in finanzieller Hinsicht ressourcenschonend sein, wenn man es mit den heutigen Mitarbeitern für die Bereichsleitung plant, doch mittelfristig zweifle ich an einer Effizienzsteigerung durch Optimierung in den Abteilungen mit denselben Personen.

- Die neuen Stellen sollen angeblich nicht ausgeschrieben, sondern intern besetzt werden, wie in einem Selbstbedienungsladen.
- Die vorgestellten Gehaltsbänder erachte ich als sehr hoch. Gehaltsband Nr. 8 mit 119'888 bis 179'781, mit einer Lohnspanne von CHF 50'000.
- Generell zeigen alle Gehaltsbänder eine Lohnspanne von CHF 30'000 bis 50'000, was übertrieben ist.

Bei einer Reorganisation ist es üblich, dass man neutral die Prozesse durchleuchtet und Optimierungen vornimmt, unabhängig wie nahe man einer Person steht. Unbefangen und neutral mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung und Kostenreduktion. Die Effizienzsteigerung steht hier also nicht im Fokus und die Ausgaben steigen an, sicherlich nicht das Ziel, das man verfolgte. Daher bin ich weiterhin für ein Nein, weil man dem Ziel vorbeischießt.

#### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Für die operative Umsetzung des neuen Führungsmodells ab 1. Januar 2018 werden für die Gemeindeverwaltung zusätzlich Stellenpensen im Umfang von 330% sowie jährlich wiederkehrenden Verpflichtungen von CHF 285'000 bewilligt.*

wird mit 31 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. *Die Motion 13069 betreffend der Reform der Gemeindeverwaltung wird abgeschrieben.*

wird mit 32 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

3. *Das Postulat 13070 betreffend Prüfung der Einführung eines Geschäftsführermodells wird abgeschrieben.*

wird mit 32 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen zu 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13152 Kreditabrechnung – Vorstudie zur Umsetzung der Schulraumplanung**

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Mit dieser Kreditabrechnung wird uns ein Beweis für das Gesamtversagen des Gemeinderates und der Verwaltung vorgelegt. Beim § 90d, welcher die dringenden, unaufschiebbaren Ausgaben ohne Kredit regelt, sind der Gemeinderat und die Verwaltung sehr grosszügig. Die einige Zeilen darunter im § 90i, Zusatzkredit bei unzureichenden Verpflichtungskrediten, kennt weder der Gemeinderat, noch die Verwaltung. Weder die Abteilung Planung, Bau und Umwelt, welche federführend in diesem Projekt war, noch die Finanzverwaltung, welche die Finanzkontrolle innehat, hatte im Projekt auf die fehlenden Geldmittel aufmerksam gemacht. Der Gesamtgemeinderat war getrieben von einem neuen Denkmal mit dem Namen Bezirksschulhaus. Dabei hat er den Verpflichtungskredit sowie das Projektcontrolling völlig ausser Acht gelassen. Eine funktionierende Projektorganisation wurde erst viel zu spät aufgestellt. Paul Huwiler wird jetzt der schwarze Peter zugeschrieben. Jedoch ist an diesem Desaster aus Sicht der Finanzkommission der gesamte Gemeinderat verantwortlich. In der Begründung zur Kreditabrechnung wird jetzt die Kreditüberschreitung dem Einwohnerrat zugeschoben. Der Einwohnerrat hat laufend noch weitere Abklärungen und weitere Studien verlangt und war sich deshalb bewusst, dass dies nicht mehr im Verpflichtungskredit Platz haben würde, lautet die grobe Zusammenfassung des Kommentars. So geht das nicht, lieber Gemeinderat. Die Finanzkommission verlangt eine saubere Begründung der Abweichungen. Es gibt Kostenabweichungen, wenn etwas teurer geworden ist als veranschlagt. In diesem Projekt gibt es aber auch Mengenabweichungen, da etwas anderes bestellt wurde, als veranschlagt. Diese Abweichungen wollen nicht nur die Finanzkommission sehen. Gleichzeitig wollen wir sehen, wer diese Mehrleistungen ausgelöst hat und aufgrund wessen Entscheid. Die Finanzkommission stellt sich eine tabellarische Aufstellung vor. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, geschätzte Einwohnerräte, diese Kreditabrechnung zurück zu weisen.

Huwiler Paul, Vizeammann: Es war nicht beabsichtigt, den Anschein zu erwecken, als ob wir den schwarzen Peter dem Einwohnerrat in die Schuhe schieben möchten. Tatsächlich ist es so, dass bei diesem Vorhaben am Schluss ganz viele Abklärungen gemacht worden sind und man somit den Ausschöpfungsgrad des Kredits aus den Augen verloren hat. Durch eine künftig bessere Kredit-, beziehungsweise Projektkontrolle soll dies optimiert werden. Wir hatten im Sinne, ein Schulhauszweckbau zu realisieren. Ein Systembau, wie wir ihn in der Kantonsschule angeschaut haben. Damals erwähnte der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat nun endlich begriffen hat, dass keine Paläste sondern Zweckbauten realisiert werden sollen. Dies war der Sinn und nicht ein Denkmal zu bauen, deshalb erschrecke ich jedes Mal, sobald ich das Wort Denkmal höre. Bitte stimmen Sie dieser Kreditabrechnung zu. Eine Verbesserung der Zahlen ist undenkbar, da diese bereits seit zwei Jahren in der Rechnung bekannt sind. Klar können wir noch mehr Informationen dazu schreiben, jedoch werden sich die Zahlen nicht ändern.

**Fraktionsmeinungen**

Lütolf Harry, CVP: Die Fraktion der CVP ist der Meinung, dass die Rückweisung der Kreditabrechnung nicht der richtige Weg ist. Der erste Teil vom Votum des Sprechers ist zutreffend und nachvollziehbar. Eine Kreditüberschreitung ist nie ein Grund für Luftsprünge. Trotzdem liegen alle Fakten auf dem Tisch und die CVP ist überzeugt, dass es bei einer allfälligen Rückweisung keine Neuigkeiten geben wird. Die Fehler sind unserer Ansicht nach transparent aufgezeigt. Ebenfalls sollte man sich bewusst sein, dass eine erneute Kreditabrechnung wieder zurückgewiesen werden sollte, da diese nicht mehr Informationen enthält als die Jetzige. Dies hätte zur Folge, dass schlussendlich Aarau darüber entscheiden müsste und das kann nicht in unserem Sinn sein. Die Kreditüberschreibung ist eine Tatsache und man könnte nun noch stundenlang darüber diskutieren. Der Gemeinderat hat uns jedoch nun versprochen, dass die Projektkontrolle in Zukunft anders aufgegleist wird. Wir werden dies im Auge behalten und müssten bei Nichterfüllung geeignete Massnahmen einleiten. Jetzt in der Vergangenheit rumzuwühlen bringt nach Meinung der CVP nichts mehr.

Sax Simon, GLP/EVP: Es wird kein Franken mehr oder weniger gespart, egal ob diese Rückweisung zu Stande kommt oder nicht. Wir stellten uns die Frage, wie wir in einem solchen Fall vorgehen sollen. Es besteht eine Kommission, welche das Geschäft gründlich geprüft hat und grossmehrheitlich oder einstimmig eine Meinung gebildet hat. Die Fraktion GLP/EVP kam zum Entschluss, den Rückweisungsantrag zu

unterstützen. Grund dafür ist, dass sich die Kommission eingehend mit dem Geschäft beschäftigt hat und sich eine deutliche Meinung gebildet hat. Wir sehen es als Pflicht, diese Kommission, welche aus unserer Mitte gewählt wurde, zu unterstützen. Trotzdem ist es uns durchaus klar, dass schlussendlich keine Änderungen an der Kreditabrechnung entstehen werden.

Muff Josef, SP: Ich habe das Gefühl, dass mit diesem Geschäft, welches ganz klar nicht gut lief, nun Arbeitsbeschaffung getätigt wird. Es war bestimmt nicht Absicht des Gemeinderates, Geld zu brauchen, welches die Steuerzahlenden letztendlich erbringen müssen. Ich möchte nicht so weit gehen, dem Gemeinderat bei diesem Geschäft böse Absichten zu unterstellen. Natürlich hat die Kommission das Recht dazu, ihre Meinung zu einem Geschäft zu äussern und die Diskussion damit zu eröffnen. Man kann nun diese Kreditabrechnung zurückweisen, weitere Abklärungen machen, erneut Papier verschicken, wieder darüber diskutieren aber letztendlich wird das Resultat nicht verändert. Deshalb ermahnen wir den Gemeinderat und stimmen aber schlussendlich der Kreditabrechnung zu.

### **Rückweisungsantrag FIKO:**

Dem Rückweisungsantrag der Finanzkommission

*Rückweisung der Kreditabrechnung Vorstudie zur Umsetzung der Schulraumplanung wegen unvollständiger Begründung*

wird mit 23 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen zur 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13153 Umsetzung Schulraumplanung – Vernehmlassung und Variantenentscheid zwischen:****A. Verpflichtungskredit zur Begleitung der Generalplanersubmission****B. Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Vergleichstudie**

---

Meyer Meinrad, Präsident GPK: Einigkeit war die Lösung in der GPK. Wie kommt man in solch einem politisierten Geschäft, ohne ein erneutes Scheitern vor Auge, weiter? Diese Frage wurde in der GPK intensiv diskutiert und analysiert. Drei Parteien haben in ihrer Vernehmlassung die Prüfung des Standorts Bleichi für ein neues Schulhaus zum Ausdruck gebracht. Dies nach dem Scheitern des Standorts Pilatusstrasse und der damaligen Aussage, dass der Standort Halde die schlechteste aller möglichen Varianten sei. Diese Meinung hat sich in Zwischenzeit geändert und die Vorlage mit der Variante A sieht die Sanierung und den Teilausbau auf dem Schulhausareal Halde vor. Die Variante A wird auch unterstützt von der Schule, was der GPK sehr wichtig erschien. Die Schule, vertreten namentlich durch Franco Corsiglia, Rolf Stadler, Paul Bitschnau und Caroline Bruggisser, sowie durch die Architekten Benno Kohli und Urs Müller, und auch der Gemeinderat inklusive Verwaltung bevorzugen die Variante A mit dem Standort Halde. Diese Einheit ist der GPK wichtig. Um einen Schritt voran zu kommen, fragten wir uns, welche neue Erkenntnisse mit der Variante B, Erstellung einer Vergleichstudie, gewinnen werden können. Ausser hohen Kosten und einem weiteren Zeitverlust vermutlich keine. Zu dieser Überzeugung kamen wir nicht zuletzt auch, weil das zu bauende Volumen in der Bleichi grösser sein würde, als dasjenige beim Standort Halde und somit bestimmt auch teurer. Ein grösseres Volumen deshalb, weil das pädagogische Konzept eines stufen- und altersdurchmischten Schulzentrum eingehalten werden soll. Diesem Aspekt wurde Rechnung getragen. Der GPK war es sehr wichtig, dass alle Beteiligten des runden Tisches die Variante A gutgeheissen haben und dieser Faktor sollte auch heute von Bedeutung sein. Nur Einigkeit und Alle in einem Boot kann das Projekt neuer Schulraum zum Erfolg verhelfen. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen die GPK einstimmig die Variante A. Sagen Sie Ja zur Begleitung der Generalplanersubmission für die Sanierung und Teilneubau Schulzentrum Halde im Gesamtbetrag von CHF 104'000.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bedanke mich beim Sprecher der GPK für Zusammenfassung des Geschäftes. Der vorliegende Bericht beinhaltet drei Teile. Beim ersten Teil handelt es sich um die Aufarbeitung der Vernehmlassung der Parteien. Beim zweiten Teil geht es um den Verpflichtungskredit bezüglich der Generalplanersubmission und im dritten Teil um den Verpflichtungskredit für die Vergleichstudie. Weshalb bringt der Gemeinderat diesen Variantenentscheid vor den Eiwohnerrat? Wie bekannt, verfolgt der Gemeinderat den Entscheid für eine Umsetzung auf dem Halde-Areal. Wie der GPK-Sprecher bereits mitgeteilt hat, stehen alle Teilnehmer des runden Tisches hinter diesem Entscheid. Aufgrund der Vernehmlassungen in den Parteien zeigte sich, dass die Frage besteht, weshalb man die Realisierung nicht auf dem Bleichi-Areal plant oder eine Partei forderte sogar, dass die Schulraumplanung auf dem Bleichi-Areal umgesetzt werden soll. Der Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Vergleichstudie wurde aufgrund den Rückmeldungen aus den Parteien erstellt. Dort würden die drei Varianten vertieft gegenübergestellt werden. In diesem Bericht und Antrag werden lediglich die Kosten aufgezeigt, welche aufgrund der Volumen errechnet worden sind. Dies als Anhaltspunkt für die weitere Entwicklung. Für den Gemeinderat ist weiterhin die Variante A der Weg, welchen man gehen möchte. Allerdings besteht die Möglichkeit, über die Variante B nochmals eine Zusatzrunde zu drehen, sofern dies der Einwohnerrat erwünscht. Der Gemeinderat würde diese Aufgabe ebenfalls wahrnehmen. Es liegt an Ihnen, ob Sie die Strategie, welche der runde Tisch einstimmig verabschiedet hat, mittragen wollen, oder ob Sie eine Zusatzschleife anstreben, damit uns noch andere oder noch bessere Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidung liegt bei Ihnen und im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie, sich für die einte oder die andere Variante zu entscheiden.

**Fraktionsmeinungen**

Meyer Meinrad, CVP: Die Einigkeit wurde in der Fraktion CVP leider nicht erreicht. Die CVP war irritiert, weshalb die gestellte Forderung, Realisierung von Schulraum auf dem Bleichi-Areal, nun ungeeignet ist. Und dies, obwohl die Variante Bleichi aus ursprünglicher Betrachtung sehr gute Note erhalten hat. In unserer Vernehmlassung brachten wir klar zum Ausdruck, dass die CVP es bedauert, dass nicht die zukunftsorientierte Variante mit dem Standort Bleichi weiter verfolgt wird. Eine Mehrheit der CVP ist sich jedoch auch bewusst, dass das Ziel neuen Schulraum zu schaffen, bei diesem verpolitisiertem Geschäft Einigkeit

verlangt. Einigkeit, welche nun auch Opfer mit sich bringen muss. Nicht immer kann die beste Variante umgesetzt werden. Wichtig ist uns ebenfalls die Tatsache, dass die strategische Ebene der Schule, vertreten durch Franco Corsiglia und Rolf Stadler, sowie die operative Ebene, vertreten durch Paul Bitschnau und Caroline Bruggisser, zusammen mit den Architekten Benno Kohli und Urs Müller, wie auch mit dem Gemeinderat den Standort Halde unterstützen und bevorzugen. Sofern die Schule hinter dem Standort Halde steht, will die CVP nichts dagegen haben. Die stufen- und altersgerechte Durchmischung an diesem Standort ist gewährleistet. Das pädagogische Konzept der Schule ist uns ebenfalls von grosser Bedeutung. Die geschlossene Haltung von allen Entscheidungsträgern des runden Tisches zum Standort Halde veranlasst eine Mehrheit der Fraktion CVP, das Szenario A zu unterstützen und den Verpflichtungskredit von CHF 104'000 zur Begleitung der Generalplanersubmission gutzuheissen. Einigkeit zum Wohle von Wohlen. Für eine schnelle Durchsetzung vom dringend gebrauchten Schulraum, nach dem Motto: „Lieber der Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.“

Eberhart Andreas, SVP: Die SVP hat sich bei jeder Schulraumdebatte zum Standort Halde ausgesprochen. Darum wird die Fraktion auch heute geschlossen hinter der Variante A stehen. Für die SVP stehen die finanzpolitischen Argumente an erster Stelle und diese sind mit der Variante A offensichtlich gegeben. Die Variante B kommt für uns nicht infrage. Eine zusätzliche Überprüfung der Variante B ist überflüssig und kostet zusätzlich Geld. Zudem werden bei dieser Variante die pädagogischen Grundsätze einer Durchmischung von Schülern der Unter- und Oberstufe nicht mehr gerecht. Ein grosses Anliegen der Lehrerschaft. Weitere Überprüfungen würden die Schulraumplanung nur noch mehr hinauszögern. Die SVP unterstützt die Variante A einstimmig.

Burkard Thomas, Grüne: Die Fraktion der Grünen hat sehr lange und kontrovers über dieses Geschäft diskutiert. Eine Entscheidungsfindung war für uns eine Herausforderung. Wir sind auch jetzt noch der Meinung, dass aus Sicht der Schule die Pilatusstrasse die beste Lösung gewesen sei. Auch zeigt es sich heute, dass dieses Projekt finanziell durchaus im Rahmen gewesen wäre. Für uns ist heute aber auch klar, dass diese Lösung endgültig vom Tisch ist. Wir haben bereits verschiedene Male öffentlich kundgegeben, dass für uns Grüne aus Sicht der Schule das Bleichi-Areal als zweitbeste Lösung in Frage käme. Dies wurde auch in der Vernehmlassung deutlich geäussert. Das Halde-Areal ist für uns demnach nur die drittbeste Lösung. Mit der Zustimmung zur Variante A, welche vorliegt und vom Gemeinderat klar bevorzugt wird, wird eine genauere Prüfung des Standorts Bleichi verunmöglicht. Dies ist der ganz grosse Nachteil, welchen wir uns durch den Entscheid gegen die Variante B, einhandeln. Nicht nur das Bleichi-Areal, sondern auch das Halde-Areal haben aus unserer Sicht grosse Nachteile. Es sind nach wie vor enge Platzverhältnisse und schwierige Aussenraumgestaltung. Unserer Meinung nach müssen die Pausenplätze der Jugend Freiräume bieten. Des Weiteren wird der Schulbetrieb während der Bauzeit bezüglich Lärm und Raumorganisation erschwert. Allenfalls sehe ich mit der vorgeschlagenen Lösung teure Provisorien auf uns zu kommen. Grosse Bedenken haben wir auch betreffend Reserven in ein paar Jahren. Angesichts der Bautätigkeit und der Zunahme der Bevölkerung werden wir mit der Variante A bald an die Grenzen stossen. Wenn wir Grüne der Varianten A zustimmen, dann nur zähneknirschend und mit dem Hintergedanken, dass der Einwohnerrat möglichst geeint auftritt und durch diese Einigkeit ein deutliches Zeichen an das Stimmvolk sendet. Selbstverständlich auch mit der Absicht, möglichst rasch, eine Lösung zu finden. Schade ist aber, dass nicht alle möglichen Varianten geprüft werden konnten. Dies hätte die Schule Wohlen als grösste Volksschule des Kantons wirklich verdient gehabt.

Meier Cyrille, SP: Die Schulraumplanung ist und bleibt ein emotionsgeladenes Thema. Unterdessen wird ein neues Kapitel in der Planung aufgeschlagen. Wir haben die Möglichkeit zwischen zwei Varianten einen Verpflichtungskredit zu genehmigen. Variante A betrifft den Teilneubau Halde sowie die Sanierung des Schulzentrums, Variante B betrifft eine Machbarkeitsstudie auf dem Bleichi-Areal. Um ehrlich zu sein, finden wir beide Varianten schlecht und bedenklich. Mit dem Kauf des Pilatus-Areals und der Realisierung des benötigten Schulraumes auf diesem Areal hätten wir die mit Abstand beste Lösung des Problems realisieren können, haben aber die Chance verpasst. Leider hat sich die Schulpflege für dieses Projekt zu wenig eingesetzt und es versäumt, den Stimmbürgern die positiven Aspekte des Projekts aufzuzeigen. Hier geht es aber nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um eine konstruktive Lösung aus dem Malheur zu finden, denn die Zeit drängt, da wir jährlich CHF 300'000 Mietkosten für ein Provisorium finanzieren müssen. Das Ziel ist nun bis 2022 den benötigten Schulraum bereitzustellen. Deswegen erachten wir die Variante A als die realistischere von beiden, da wir beim Bleichi-Areal mögliche böse Überraschungen erwarten wie allfällige Einsparungen, schlechten Bauuntergrund und steigende Kosten. Sowie befürchten wir Widerstand von gewissen Personen, die diese mögliche Variante torpedieren könnten. Variante A ist pädagogisch gesehen prekär, da keine Vergrösserung des Pausenplatzes geplant ist, obwohl die Schülerzahlen in diesem Schulhaus steigen werden. Immerhin werden weniger Abteilungen in diesem Schulzentrum untergebracht, als zu Beginn angedacht. Auch muss man feststellen, dass das Projekt Halde kaum

viel billiger realisiert werden kann als das Projekt Pilatus. Allgemein muss man bei dieser Planung bemängeln, dass zu wenige Reserven betreffend Schulraum einkalkuliert wurden. Was passiert mit den Räumlichkeiten der Musikschule, was passiert mit der Umsetzung der Tagesstrukturen? Uns erscheint dieses Projekt zu wenig weitsichtig geplant. Dennoch werden wir, zwar nicht mit Begeisterung, dem Verpflichtungskredit der Variante A einstimmig zustimmen. Zusätzlich erhoffen wir uns auch ein Bekenntnis der Schulpflege zur Variante, die der Einwohnerrat heute genehmigt. Wir können uns schlicht einfach keine weiteren Zeitverzögerungen leisten.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Politik bedeutet, den grössten gemeinsamen Nenner zu finden. In der ersten Vorlage ist dies nicht gelungen. Die Idee eines Landkaufs an der Pilatusstrasse, um dort ein neues Schulhaus zu bauen, war nicht mehrheitsfähig. Seither vergingen zwei Jahre und drei Monate. Zeit ist Geld und das ist bezüglich Schulraumfrage in Wohlen wörtlich zu nehmen. Unsere Gemeinde muss zurzeit teuren Schulraum dazu mieten. Dies ist weder für die Schüler noch für unsere Finanzen ideal. Es muss dringend ein Entscheid gefasst werden und danach zügig vorwärts gemacht werden. Das grosse Problem in Wohlen sind die Politiker, welche sich misstrauen, Aussagen hinterfragen, Expertenmeinungen dazu haben möchten und am Schluss diesen trotzdem widersprechen. Der Gemeinderat hat zusammen mit den Vertretern der Schule und den ortsansässigen Architekten einen Kompromiss ausgearbeitet. Richtigerweise wurde das Kriegsbeil vergraben und der Gemeinderat hat sich mit den Vertretern der Schule einer neuen Diskussion gestellt. Alle Beteiligte gaben ein Zugeständnis zu dieser Lösung. Obwohl wahrscheinlich niemand wirklich glücklich ist, kam ein Projekt heraus, welches bezahlbar erscheint und die vorhandenen Landressourcen optimal nutzt. Selbstverständlich kann nun erneut eine Projektstudie in Auftrag gegeben werden, welche herausfindet, wie viele Millionen mehr ein Schulzentrum auf dem Bleichi-Areal kosten würde. Die Ehrenrunde würde dann zum dritten Schulraumplanungsbericht führen. Solange Geld und Zeit keine Rolle spielen, wäre diese Ehrenrunde vertretbar. Da aber Geld und Zeit eine grosse Rolle spielen, sollte sich der Einwohnerrat möglichst einstimmig für das Szenario A aussprechen. Sprechen wir den Verpflichtungskredit für die Begleitung der Generalplanersubmission für die Sanierung und Teilneubau Schulzentrum Halde. All In heisst hier nicht Risiko mit unsicherem Ausgang, sondern auf ein Projekt setzen, welches mehrheitsfähig und sinnvoll ist. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon bittet Sie, auf das Projekt zu setzen, welches rasch und vergleichsweise günstig umgesetzt werden kann.

Hübscher Edwin, EVP/GLP: In der Fraktionsgemeinschaft EVP/GLP haben wir das Thema Schulraumplanung eingehend diskutiert. Vorab gilt unser Dank den Erstellern des Antrags sowie den Teilnehmenden am runden Tisch. Grundsätzlich sind wir enttäuscht und unzufrieden über diesen Bericht und Antrag. Im 2015 wollte der Einwohnerrat kein neues Land für ein Schulhaus kaufen. Damals wurde der Landkauf Pilatusstrasse mit einem neuen Schulhaus als erste Wahl definiert, als zweite Wahl wurde das Bleichi-Areal angepriesen und als Notnagel das Halde-Areal. Heute gilt der Notnagel als erste Wahl? Das können wir nicht nachvollziehen und überhaupt nicht verstehen. Wir denken die Meinungsbildung am runden Tisch war sehr einseitig und wir fragen uns warum man bei einer so grossen, komplexen Investition das Ganze nicht breiter abgestützt hat. Wo bleiben hier die guten Erfahrungen aus den Spiegelgruppen bei anderen Projekten? Im Mai 2017 wurden die Parteien zum Thema Schulraumplanung befragt. So wie ich weiss, haben alle Parteien ihre Meinung deponiert. Im vorliegenden Bericht und Antrag finden wir nur kleine Spuren. Wir sind überzeugt, dass wir unter diesen Voraussetzungen in Sachen Schulraumplanung nie zu einer mehrheitsfähigen Lösung kommen. Die Fraktion EVP und ein Teil der GLP werden den Antrag A grossmehrheitlich ablehnen, den Antrag B werden wir mit schwerem Herzen zustimmen. Wir sind aber der Meinung, dass hier die Kosten zu grosszügig budgetiert wurden.

#### **Einzelvoten:**

Lütolf Harry, CVP: Mit der Schulraumplanung erleben wir ein Trauerspiel in vier Akten. Der erste Akt: Es liegt ein super Plan vor und die Umsetzung ist machbar. Der zweite Akt: Drei Architekten treten auf die Bühne. Einer davon ist noch madig, da sein Projekt „Sprungbrett“ auf dem Halde-Areal nie umgesetzt wurde. Sekundiert wurden die Architekten von der Presse, welche sich willfährig einspannen liessen, und von einem bissigen Einwohnerrat. Darauf startete der Schlammassel. Die Meinung wurde gekippt und es kamen neue Ideen auf den Plan. Eine brillante Idee, welche plötzlich im Raum stand, war der Standort Bleichi. Die Idee wurde vor allem von der SVP propagiert. Man war der Meinung, dass der Standort Pilatusstrasse abgeschossen werden muss. Dies passierte alles im zweiten Akt. Ebenfalls vergab man Aufträge, dass die Bleichi als Alternative geprüft wird. Dies wurde gemacht und war auch Gegenstand vom vorherigen Geschäft, Bericht und Antrag 13152 Kreditabrechnung – Vorstudie zur Umsetzung der Schulraumplanung. Der dritte Akt: Beim Gemeinderat wurde der Lead gewechselt und es kam ein neuer Gemeinderat dazu, welcher sich dem Thema annahm. Der clevere neue Gemeinderat suchte dann nicht nach

der besten Lösung, sondern wo Widerstände zu befürchten sind und wo diese am schnellsten ausgeschaltet werden können. Es wurde ein runder Tisch einberufen und auch dort sassen erneut die Architekten, welche nicht direkt davon betroffen sind und kein politisches Mandat innehaben. Erwartungsgemäss wurde die Lösung Halde erarbeitet. Im dritten Akt konnten sich, nach einer sehr kurz angesetzten Frist, alle Parteien in einer Vernehmlassung zu diesem Vorschlag äussern. Die Rückmeldungen fielen, auch von unserer Partei, zum Teil sehr kritisch aus. Viele Parteien waren auch der Meinung, dass der Standort Bleichi besser sei und dies nochmals geprüft werden sollte. Dies war dann auch der Grund, weshalb der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag neben der Variante A auch noch eine Variante B platziert hat. Der vierte Akt ist nun der Höhepunkt und das Ende vom Drama. Das Geschäft wird im Einwohnerrat behandelt und dieser stimmt einer Lösung zu, welche nicht die Beste ist. Die GPK ist dem Irrtum aufgelegen, dass die Schule sich total für den Standort Halde ausspricht. In ein paar Jahren wird gebaut und die Schüler stehen sich auf den Füssen und man merkt, dass ein weiterer Bau in naher Zukunft bereits wieder ansteht. Alle Prognosen weisen bereits heute darauf hin, dass Wohlen wächst. Es wird mehr Schüler geben und es muss erneut Schulraum gebaut werden. Man möchte auf dem Halde-Areal ausbauen, was aber nicht möglich ist, da es rappellvoll und zugestellt ist. Schlussendlich muss man wahrscheinlich den Standort Bleichi neu in Angriff nehmen, obwohl man das bereits schon lange hätte machen können. Am Standort Halde hätte man dann noch Raumreserven gehabt für spätere Jahre. Leider hat man sich vertan. Ende des Dramas. Der GPK unterliefen ein paar kapitale Denkfehler. Der erste ist Einigkeit. Der Gemeinderat unterbreitet uns nur zwei Varianten. Es geht nicht darum, dass es noch eine dritte Variante gibt. Auch wird nicht definitiv alles abgeschlossen. Meiner Meinung nach hätte man mit dem Entscheid für die Variante B Nägel mit Köpfchen gemacht und man hält schlussendlich etwas in der Hand. Auch dies bedeutet Einigkeit. Der zweite kapitale Denkfehler ist, die direkt Betroffenen zu fragen. Es handelt sich um die Schüler, Schulleitungen, Lehrpersonen und die Schulpflege. Alle sind der Meinung, dass jene Personengruppen mit dem Standort Halde einverstanden sind. Ich stelle den Antrag, dass der Schulpflegepräsident Franco Corsiglia heute Abend intensiv befragt wird und sich zum Thema äussern darf. Auch sollten sich die beiden anwesenden Schulleiter dazu äussern dürfen und die negativen Punkte ansprechen, welche mit einer Umsetzung auf dem Halde-Areal zum Tragen kommen. Sie sind die Stakeholders und die Profis, was das Thema Schulraum betrifft und nicht wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Der dritte kapitale Denkfehler der GPK ist, dass man dachte, dass diese Variante günstiger werde. Ich komme mir wie im Ausverkauf vor. Man macht ein Schnäppchen und denkt, man hat einen guten Deal getätigt. Doch tatsächlich ist der Deal unvorteilhaft. Man wollte doch einfach nur schnell und günstig sein. Zum Schluss möchte ich nochmals erwähnen, dass die Betroffenen heute Abend befragt werden sollen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen für die Aufnahme der verschiedenen vorliegenden Varianten und Vorschlägen. Gerne möchte ich zwei, drei Sachen klären, welche vorhin angesprochen wurden. Das erste ist das Thema der Reserven und Schülerentwicklung. Ja, in Wohlen wird gebaut und es stimmt auch, dass eine Entwicklung stattfindet. Die Entwicklung ist in der Prognose der Schülerzahlen in den Schulraumplanungsberichten 2012 und 2014 berücksichtigt worden. Diese Aufgabe steht jedoch immer wieder an und die Prognosen-Zahlen sind ständig zu aktualisieren. Diese Planung basiert demnach auf diese Prognosen-Zahlen, bei der die Bautätigkeit einberechnet wurde. Bis jetzt stimmt die Prognose einigermaßen, es wurde sogar eher ein wenig konservativ budgetiert. Des Weiteren möchte ich zur Klärung darauf hinweisen, dass es nie drei verschiedene Projekte Pilatus, Halde und Bleichi gab. Es sind drei Varianten, welche in der ursprünglichen Diskussion aufgeführt worden sind. Es wurde jedoch in keinem Projekt berücksichtigt, wie das schlussendlich mit der Umsetzung vor Ort stattfinden soll und es wurde auch nie darüber befunden, welches Projekt zum Tragen kommt. Kurz noch zum Thema Abstützung. Der Gemeinderat hat als Kollegialbehörde beschlossen, wie der runde Tisch zusammengesetzt wird. Der Schule wurde dementsprechend ein grosses Gewicht eingeräumt. Die strategische, sowie auch die operative Ebene waren dabei. Dies aus den gleichen Gründen wie vorhin Harry Lütolf erläutert hatte. Der Gemeinderat erachtete es als wichtig, dass diese Meinungen und Stimmen am runden Tisch vertreten waren. Die Strategie, welche am runden Tisch verabschiedet wurde, hat der Gemeinderat eins zu eins übernommen und Ihnen zur Vernehmlassung zugestellt. Meiner Meinung nach gibt es kein stärkeres Instrument, als eine Vernehmlassung für eine Strategie zu schreiben. Eine Spiegelgruppe oder ähnliches hat nicht das Gewicht, welches hier mit dieser Vernehmlassung den politischen Parteien eingeräumt worden ist. Sämtliche Aussagen der Vernehmlassungsberichte wurden im vorliegenden Bericht zusammengefasst verarbeitet. Aufgrund diesen Rückmeldungen hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen neben der Variante A, welche wir nach wie vor für richtig empfinden, Ihnen eine Variante B vorzulegen. Die vorliegenden Kosten gelten als Orientierungsgrössen und basieren auf der Volumenstudie. Es ist weder ein konkretes Vorprojekt, noch ein konkretes Bauprojekt. Deshalb kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, ob es zu teuer oder zu günstig ausfällt, sondern die Kosten wurden aufgrund der Volumen hochgerechnet. Dies ist der Zweck der vorliegenden Tabelle, es liegt kein Projekt dahinter. Ich bitte Sie darüber abzustimmen.

Lanz Christian, SVP: Ich habe eine Richtigstellung zum Votum von Harry Lütolf. Die SVP war von Anfang an gegen den Kauf vom Pilatus-Areal, war seit Beginn her Unterstützer des Projekts Halde und war nie für eine Schulraum-Lösung auf dem Bleichi-Areal.

Burkard Thomas, Grüne: Ich möchte gerne an das Votum von Arsène Perroud anknüpfen und ihm meine Meinung bekannt geben. Meiner Ansicht nach, muss nicht nur die Bautätigkeit in Wohlen überprüft werden, sondern auch diejenige der Nachbargemeinden. Wohlen ist das Zentrum und wir werden weiterhin Oberstufenschüler aus der Umgebung in Wohlen unterrichten. Die Schulentwicklung läuft klar in diese Richtung, dass dies weiterhin mehr zentriert wird. Weiter muss ich zu Bedenken geben, dass ich inzwischen den finanziellen Zahlen, welche bei all diesen Vorlagen seit 2014 auf den Einwohnerrat zukommen, nicht mehr traue und dies nicht ganz unbegründet. Ich gebe Harry Lütolf absolut Recht, dass es bis anhin ein riesiges Durcheinander mit den Zahlen gab. Beim vorliegenden Bericht und Antrag traue ich deshalb den Zahlen punkto Volumen und Abschätzung nicht. Nun zu meiner persönlichen Meinung. Mit jedem neuem Votum bin ich hin- und hergerissen und klar überfordert. Heute bin ich tatsächlich unentschlossen, was ich abstimmen soll. Falls ich den Antrag aus finanzieller Sicht anschau, muss ich mich für die Variante A entscheiden. Wenn ich den Schwerpunkt aber auf die grösste Schulgemeinde des Kantons und das Wohlergehen der Schüler von Wohlen setze, ist es fast sträflich, wenn die Variante B nicht geprüft wird. Die Option Bleichi geht verloren, wenn dieser Schritt nicht getätigt wird. Wenn wir uns für die Variante A entscheiden, habe ich die Befürchtung, dass wir in absehbarer Zeit ein viertes Schulzentrum in Wohlen eröffnen müssen. Ich bin überzeugt davon, dass die Bevölkerung enorm zunimmt und wenn wir dieser Tatsache nicht ins Auge schauen, haben wir nicht begriffen, um was es hier geht.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich muss hier korrigieren, dass die Entwicklung der Schülerzahlen, Schülerprognosen unter Betrachtung der Entwicklung des Baulandes erstellt wurden. Selbstverständlich sind auch die Zahlen seitens der Aussengemeinden eingeflossen. Wir bauen die Variante A Halde und es handelt sich immer noch um die gleichen Abteilungszahlen und Flächen, welche im Schulraumplanungsbericht enthalten waren. Die Kosten basieren auf Kostenschätzungen von Studien was die Sanierung betrifft und nach den gängigen Methoden für das Volumen eines Schulhauses.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Ich stelle fest, dass die Schule schlussendlich die Variante A auf dem Halde-Areal befürwortet. Dies ist für mich ein wichtiger Punkt. Vor rund zehn Jahren haben wir Schulraum bestellt und besitzen heute noch keinen. Es wird immer enger und auch wir hatten das Gefühl, dass ein Entscheid gefällt werden muss. Die Variante ist für die Schule nach wie vor die schlechteste Variante. Wir als Steuerzahler und als Gemeinde, wovon die Schule auch ein Bestandteil ist, beschliessen schlussendlich, was wir unseren Kindern künftig bauen wollen. Deshalb kann es nicht sein, dass die Schule sagt, dass nur eine Option in Frage kommt und man wieder von vorne beginnt. Wir können lediglich darauf hinweisen, was für einen Einfluss die verschiedenen Varianten auf die Schule Wohlen haben könnten. Das Thema, ob Provisorien erstellt werden sollen, sobald der Schulhausbau beginnt, ist sicher vorhanden. Auch beim runden Tisch haben wir darauf hingewiesen, dass ein Ausbau beim Schulhaus Halde einige Einschränkungen mit sich bringt. Ich bin überzeugt davon, dass beim Start des Umbaus Schülerinnen und Schüler in andere Gebäude oder Provisorien untergebracht werden müssen, da es aus lärm- und platz-technischen Gründen nicht möglich sein wird, ein normaler Unterricht fortzusetzen.

Wir haben drei Bedingungen gestellt für die Variante Halde:

1. Die Schule benötigt den Raum, welche sie angegeben hat. Man möchte nicht im Nachhinein darüber diskutieren, dass zum Beispiel ein Schulzimmer 8 m<sup>2</sup> kleiner wird, da der Platz nicht reicht oder wie viele Neben-, bzw. Gruppenräume es benötigt. Die Vorgaben hat die Schule klar gegeben.
2. Die Schule möchte einen Pausenplatz mit einer Grünfläche, der auch als Pausenplatz den Namen verdient. Es wurde uns von den Architekten bestätigt, dass dies realisiert werden kann.
3. Es gibt nicht mehr als 37 Abteilungen auf diesem Areal und alle anderen Abteilungen müssten danach verlegt werden in andere Schulzentren.

Man könnte nun meinen, dass die Schule doch gegen die Variante A ist. Wir waren erstaunt und positiv überrascht nach den Umfragen und Vernehmlassungen, dass es jetzt noch eine Variante B gibt. Da es nun zwei Varianten gibt, erlaube ich mir als Schulpflegepräsident und auch in Absprache mit der Schulpflege nicht zu sagen, dass Variante A nun abgeschrieben sei. Da es nun zwei Varianten gibt, sind wir selbstverständlich nicht dagegen, die Variante B zu prüfen, da wir schlussendlich immer noch überzeugt davon sind, dass die Variante Halde weiterhin nicht die allerbeste Lösung ist. Aber die Schulpflege Wohlen wird nicht Opposition betreiben und auf die Strasse gehen. Der Einwohnerrat und das Volk sollen beschliessen, was

sie zu beschliessen haben. Es ist definitiv so, dass wir Schulraum benötigen und ich gebe Thomas Burkard Recht, dass wir zwar statistische Zahlen haben. Der Bund teilt auch mit, dass die Schülerzahlen in den nächsten zehn Jahren um 20% zunehmen werden. Diese Zahlen wurden vor zwei Jahren fertig erhoben und ich bin überzeugt davon, dass wir in wenigen Jahren wieder über benötigten Schulraum sprechen werden. Wir hatten am Schluss wirklich den Eindruck, dass die Schulraumplanung aus zeitlichen und finanziellen Gründen nur auf dem Halde-Areal umgesetzt werden kann. Aber am Ende besteht nicht nur diese Variante. Das Parlament und das Stimmvolk entscheiden über die Zukunft des Schulraumes in Wohlen und wenn Sie die Variante Halde wählen, wird es die Variante Halde sein.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich kam mit der Überzeugung an diese Sitzung, dass ich weder der Variante A, noch der Variante B zustimmen kann. Das Halde-Areal finde ich ein absolutes No-Go. Einerseits hat es bereits heute einen viel zu kleinen Pausenplatz. Dieser wird mit den zusätzlichen Räumen nochmals verkleinert. Andererseits bringt der Umbau eine Menge Lärm mit sich und es müssen teure Provisorien als Übergangslösung gemietet werden. Die Variante Halde ist mit Abstand die teuerste Lösung. Bei der Variante B erfindet man das ganze Rad nochmals neu und dies obwohl man bereits eine Zusammenfassung hat von all den Berichten in den letzten fünf bis zehn Jahren. Für mich ist klar, dass ein kurzer Halt gemacht werden soll, bis der neue Gemeinderat sich gefunden hat und dort die richtige Person sich die Zeit nimmt und dieses Thema begleitet. Es ist eine tolle Arbeit, wenn man Mitglied im Gemeinderat ist und ein solches Projekt für die Zukunft begleiten und durchführen darf. Ich frage mich, wo eigentlich das eigentliche Problem liegt. Da ich nicht in Wohlen und nicht im Schulhaus Halde in die Schule ging, habe ich auch keinen emotionalen Bezug zu diesem Gebäude. Nehmen wir an, wir würden irgendwo im Dorf einen Neubau realisieren und die Schülerinnen und Schüler vom Schulhaus Halde würden dahin umziehen, damit das Halde-Areal danach für anderes gebraucht oder verkauft werden kann. Dieser emotionelle Schritt kann ein Wohler nicht so rasch gehen, das ist mir auch klar. Ich sehe aber, dass er machbar wäre. Somit werde ich bei der ersten Abstimmung meine Stimme enthalten und falls die Variante A angenommen wird, bei der zweiten Abstimmung Nein stimmen.

Lütolf Harry, CVP: Ein Rätsel muss der zuständige Gemeinderat noch lösen. Wir hatten eine Schulraumplanung, welche von einem prominenten Planungsbüro (Eckhaus) erstellt wurde. Danach wurde diese Zweitmeinung verlangt und Sie kennen die Geschichte ja alle. Dort stellte sich heraus, dass die erste Berechnung zu 100% korrekt war. Die Begründung, weshalb man dazumal nicht auf dem Halde-Areal bauen wollte war, dass es zu dicht war und dies pädagogisch auf keinen Fall möglich ist. Und jetzt spielt dieser Grund plötzlich überhaupt keine Rolle mehr. Es spielt keine Rolle mehr und es wird mit falschen Zahlen operiert. Dass der Gemeinderat falsch gerechnet hat, zeigt die CVP in ihrer Vernehmlassung auf zwölf Seiten minutiös auf. Fazit ist, dass die Ausgangslage bezüglich den Zahlen und Belegungen auf dem Halde-Areal genau gleich ist, wie vor drei Jahren und trotzdem kommt der Gemeinderat vor den Einwohnerrat mit dem Vorschlag Halde. Ich kann mir das nur so erklären, dass sich die Architekten mit ihrer Meinung durchsetzen konnten. Sie haben nun alle die Meinung der Schulvertreter gehört. Jemand unflexibleres als der Einwohnerrat gibt es aber wahrscheinlich nicht, da mache ich mir keine falschen Hoffnungen. Sie haben es gehört, dass die Schulpflege das Halde-Areal nicht bevorzugt. Pädagogisch ist die Variante A nicht sinnvoll. Man kann später nicht mehr ausbauen und man muss Provisorien erstellen. Dies müsste man mit der Bleichi nicht. Wir haben den Werkhof aus der Bleichi geworfen, damit dort später Schulraum erstellt werden kann. Mit dem Bau der Turnhalle könnten auch Synergien genutzt werden. Wenn Sie heute für die Halde stimmen, dann ist Ihnen die Pädagogik offenbar nicht sehr wichtig, sondern es muss dann wohl einfach billig und schnell sein.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bin immer wieder erstaunt, wie ausführlich eine einfache Frage gestellt werden kann. Bei den Abteilungszahlen geht man davon aus, dass auf dem Halde-Areal in Zukunft 18 Bezirksschulklassen, 18 Primarschulklassen und eine Einschulungsklasse unterrichtet werden. Also insgesamt 37 Klassen. Diese Zahlen wurden anlässlich der Besprechung mit der Schulpflege festgelegt. Was sich gegenüber dem ursprünglichen Plan geändert hat, ist dass sich die Anzahl der Einschulungsklassen reduziert hat (früher drei Klassen) und dass keine Kindergartenabteilungen mehr im Haldenschulhaus vorgesehen sind. Dies ergibt eine Differenz von rund 120 Kindern. Somit ging die Schülerzahl von circa 940 (42 Abteilungen) gesunken auf 820 (37 Abteilungen). Deshalb stimmte die Schule schlussendlich der Variante Halde unter den genannten Bedingungen zu. Dem Gemeinderat war es ein grosses Anliegen, dass die Schule und die Schulpflege hinter der Variante stehen kann und ihr Unterstützung entgegenbringt. Der Gemeinderat hätte dem Einwohnerrat den vorliegenden Bericht und Antrag nicht unterbreitet, wenn die Schule und die Schulpflege nicht damit einverstanden gewesen wären. Aus diesem Grund waren die Schule und die Schulpflege so zentral vertreten am runden Tisch.

Stirnemann Alex, SP: Man merkt, die Diskussion geht langsam dem Ende zu und die Meinungen werden immer schwieriger zu bilden sein. Ich finde emotionale und hitzige Beiträge sehr gut Harry Lütolf. Jedoch

ist dieses Dossier bereits mit Emotionen überflutet und das macht es extrem schwierig, den richtigen Entscheid zu finden. Deshalb rate ich jedem Ratsmitglied kurz abzukühlen und inne zu halten, einen Schluck Wasser zu trinken und dann ganz nüchtern versuchen zu entscheiden, was wollen wir. Ich glaube diese Einigkeit, welche hier angepriesen wurde, ist schwierig zu bilden. Wir setzen uns zusammen aus sechs Fraktionen und 40 Einzelpersonen. Sinn und Zweck eines Rates ist nicht grundsätzlich die Einigkeit, sondern dass man sich selber bewusst ist, was man gut und schlecht findet und dementsprechend auch so abstimmt.

Meyer Meinrad, CVP: Mein Votum als GPK-Sprecher sagte aus, dass wir keinen Fehler aufgefressen sind. Franco Corsiglia hat heute klar bestätigt, dass die strategische und operative Schule mit der Variante A leben kann. Auch der Gemeinderat und die Verwaltung stehen hinter der Variante A. Es war natürlich nie die Meinung, dass hier im Rat eine Einstimmigkeit erzielt wird, aber wir müssen ein Zeichen setzen für unsere Stimmbürger und das bedeutet, dass eine grosse Mehrheit gefunden werden kann. Aber wie gesagt, es müssen Opfer gebracht und Kompromisse eingegangen werden, damit wir in einer nützlichen Frist den dringend benötigten Schulraum erhalten.

Küng Magdalena, Grüne: Ich finde es falsch, genau bei diesem Traktandum die Diskussion zu verkürzen, auch wenn ich Alex Stirnemann zustimme, dass die Meinungen bei vielen schon gemacht sind. Wenn es noch Fragen gibt oder weitere Argumente, dann müssen wir diese stellen und hören. Es ist unsere Pflicht, aber auch unser Recht als Rat, uns Zeit zu nehmen, gerade bei einem Geschäft, dass uns noch viele Jahre begleiten wird und vermutlich schon in wenigen Jahren wieder in irgendeiner Form auf den Tisch kommt. Schulraumplanung ist etwas Wichtiges, halten wir doch jetzt schon fest, was alles schief lief und was beachtet werden muss. Ich beispielsweise kann mir unter Aussenfläche auf dem Halde-Areal nichts vorstellen, gleichzeitig ist es schwierig abzuschätzen, wann die Vergleichsstudie auf dem Tisch liegen würde.

Duschén Andrea, Präsident: Es geht nicht darum, dass dieses Thema möglichst rasch erledigt und beraten ist. Ich muss jedoch darauf hinweisen, dass die Diskussion bereits über eine Stunde andauert. Meiner Meinung nach, kommen wir auch nicht weiter, wenn wir zwei Stunden darüber reden.

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Mir ist bewusst, dass ein Schritt gemacht werden muss. Wir haben nun verschiedene Seiten gehört. Lassen Sie die Vernunft walten und jetzt über das Thema abstimmen.

Manimanakis Corinne, SP: Ich möchte wissen, wie lange die Prüfung der Variante B auf dem Bleichi-Areal dauern würde. Die Einigkeit hier im Rat wird übergewichtet. Wir waren uns schon mehrmals einig, es wurde ein Referendum beschlossen und das Stimmvolk hat ebenfalls gegen unseren Beschluss entschieden.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Diese Frage ist im Kapitel 4.3, Termine für Vergleichsstudie, ausgeführt. Man rechnet hier mit mindestens sechs Monaten. Verglichen werden dann die drei verschiedenen Varianten, welche es noch gibt. Noch kurz zum Thema „Man soll sich Zeit nehmen“. Irgendwann kommt der Moment, in welchem ein Entscheid gefällt werden muss. Meiner Meinung sind wir auch in einem halben Jahr, nachdem diese Vergleichsstudie gemacht wurde, immer noch am gleichen Ort. Es ist wichtig, dass wir einen Schritt in eine Richtung gehen. Dies auch zumal alle Fraktionen in ihren Vernehmlassungen geschrieben haben, wie wichtig es sei, bei diesem Thema vorwärts zu machen. Dies war die zentrale Botschaft aller Parteien und deshalb soll nun ein Entscheid gefällt werden.

## Abstimmung

Die gemeinderätlichen Anträge werden einander gegenübergestellt:

A: *Begleitung der Generalplanersubmission für die Sanierung und Teilneubau Schulzentrum Halde im Gesamtbetrag von CHF 104'000 (inkl. 8% MWST).*

B: *Erstellung der Vergleichsstudie (sia-Phase 2 Vorstudie, Teilphase 21 Machbarkeitsstudie) im Gesamtbetrag von CHF 133'000 (inkl. MWST).*

Antrag A:	25	Stimmen
Antrag B:	9	Stimmen
Enthaltungen:	1	Stimme

## **Schlussabstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag A

*Begleitung der Generalplanersubmission für die Sanierung und Teilneubau Schulzentrum Halde im Gesamtbetrag von CHF 104'000 (inkl. 8% MWST).*

wird mit 31 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zur 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13154 Entwicklung Sportanlage Hofmatten – Verpflichtungskredit für das Projekt Neubau Turnhalle**

Lanz Christian, GPK: Eine lange Prozedur war das, des einen Freud, des anderen Leid. Aber ich glaube wir haben heute für unseren Schulraum, welcher dringend nötig ist, einen kleinen Nagel einschlagen. Mit dem benötigen wir auch eine neue Turnhalle. Der Bericht und Antrag 13154 Entwicklung Sportanlage Hofmatten – Verpflichtungskredit für das Projekt Neubau Turnhalle liegt vor. Es ist klar, wenn der Bau auf dem Halde-Areal realisiert wird, dass die bestehende alte Turnhalle umfunktioniert wird zu Schulraum. Das heisst, wir haben zu wenige Turnhallen. Wir müssen eine Turnhalle anbieten können und der Bericht und Antrag lautet auf CHF 540'000 eine Planung einer Zwei- oder Dreifachturnhalle. In der GPK fragte man sich, weshalb zwei Turnhallen offerieren zu lassen. Die Lösung ist ziemlich einfach erklärt: In einem Arbeitsgang zwei Resultate vor uns zu haben, dass man beide Ergebnisse vergleichen kann betreffend den Kosten. Danach müssen sowohl der Gemeinderat wie auch der Einwohnerrat, die richtigen Anträge bringen und herausfinden, was wirklich gebraucht wird und was nur Wunschdenken ist. Die GPK ist der Meinung, dass es der richtige Weg ist, beide Varianten zusammen errechnen zu lassen und danach auf einem ganz klar ermittelten Weg weiter zu gehen. Deshalb empfiehlt Ihnen die GPK, den Bericht und Antrag 13154 über einen Verpflichtungskredit von CHF 540'000 zuzustimmen. Ebenfalls gebe ich Ihnen gleich die Fraktionsmeinung der SVP Wohlen-Anglikon bekannt. Wir werden sehr grossmehrheitlich den Antrag unterstützen, welcher die GPK empfiehlt.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Viel gibt es zu diesem Thema nicht mehr zu sagen. Der Bedarf für die Schule ist plus eine Halle. Wenn die Turnhalle auf dem Halde-Areal für zusätzlichen Schulraum aufgelöst wird, ergibt dies einen Bedarf von total zwei Hallen. Der Bedarf einer dritten Halle kommt einzig und allein aus den Bedürfnissen der Sportvereine. Dass wir nun diesen Weg gehen, kommt aus dem Resultat der Vernehmlassungen der Parteien. Der Gemeinderat sieht sehr wohl den Vorteil einer Dreifachturnhalle. Man kann sie für unterschiedliche Nutzungen gebrauchen und der Kostensprung ist wohl nicht mehr allzu gross. Aber dennoch möchten wir dies zuerst genauer abgeklärt haben. Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen einen Verpflichtungskredit für sämtliche Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Projektierung des Neubaus einer Zwei- oder Dreifachturnhalle und möchten anschliessend entscheiden, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, diesen Antrag zu unterstützen.

**Fraktionsmeinungen**

Stirnemann Alex, SP: Die SP wird diesen Antrag unterstützen. Der Bedarf an weiteren Turnhallen ist ganz klar ausgewiesen. Die Entscheidung ob eine Zwei- oder Dreifachturnhalle gebaut werden soll, wird zu einem späteren Zeitpunkt zur Abstimmung gelangen. Ich finde es wünschenswert, wenn eine vollumfängliche Mehrzwecknutzung in die Planung aufgenommen wird. Die Hofmattenturnhalle stellt eigentlich keine richtige Mehrzweckhalle dar. Es wäre aus diesem Grund extrem schade, wenn man nun zu einer halben Mehrzweckhalle, nochmals eine halbe Mehrzweckhalle bauen würde. Als Ergebnis würde man wieder keine richtige Mehrzweckhalle erhalten. Wenn man zwei grosse Hallen nebeneinander hat, müssen diese meiner Meinung nach, auch für grosse Mehrzweckanlässe genutzt werden können.

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Die FDP/Dorfteil Anglikon waren zuerst über den hohen Betrag überrascht. Schlussendlich können wir jedoch zwei Varianten anschauen und uns entscheiden. Die Synergien in der Hofmatten sollten genutzt werden können. Es muss weit vorausgedacht werden, eventuell auch für eine HAGEWO, für verschiedene Vereine und die Schule. Der Raum soll effizient, einfach, klar und schlicht sein. Ich hoffe, dass diese Voraussetzungen vom Gemeinderat so weitergegeben werden. Es sollten keine Luxusvarianten sein. Die Halle muss zweckmässig sein und für verschiedene Anlässe gebraucht werden können. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon steht einstimmig hinter diesem Antrag.

Küng Magdalena, Grüne: Wir werden dem vorliegenden Antrag einstimmig zustimmen. Auch wir wünschen uns, dass eine möglichst grosse Nutzungsflexibilität in die Planung einbezogen wird und danach aufgezeigt werden kann, wie die Nutzungsmöglichkeiten einer Zwei- oder Dreifachturnhalle sind, damit klar ersichtlich ist, welche flexibler nutzbar ist für die Funktionen einer Mehrzweckhalle.

Meyer Meinrad, CVP: Für die CVP ist die Entwicklung Hofmatten mit einer weiteren Turnhalle eine logische Folge der unumstrittenen Schulraumplanung. Aus dieser Planung geht der Bedarf einer Zweifachturnhalle für die Schule Wohlen hervor. Dass die Vereine, insbesondere Handball Wohlen, eine Dreifachturnhalle fordern, ist für die CVP nachvollziehbar und sollte möglichst angestrebt werden. Die Antwort kann eigentlich nur eine Dreifachturnhalle sein. Mit diesem Verpflichtungskredit können die Auswirkungen für sämtliche Planungsleistungen im Zusammenhang einer Zwei- oder Dreifachturnhalle ermittelt werden. Eine klare Kostentransparenz soll die Basis für die weiteren Entscheidungen darlegen. Aus diesem Grund stimmt die CVP einstimmig dem Geschäft zu.

Frischknecht Julia, EVP/GLP: Die Fraktion EVP/GLP wird einstimmig dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen. Der Bedarf einer Turnhalle ist unbestritten. Die Weiterentwicklung der Hofmatten scheint daher nur logisch. Wir erachten es als sehr positiv, dass mehrere Varianten geprüft werden. Auch wir möchten unterstreichen, dass eine Mehrzweckhalle in Betracht gezogen werden soll.

#### **Einzelvoten:**

Lütolf Harry, CVP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat. In einer früheren Variante war angedacht, dass eine Zwei- oder Dreifachturnhalle auf dem Perimeter des ehemaligen Werkhofs gebaut werden soll. Jetzt soll der Standort auf dem Perimeter gleich neben der bestehenden Turnhalle sein. Was macht man mit dem alten Werkhof, gibt es hierfür bereits Ideen?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ein Teil des Werkhofs gehört zum Ensemble-Schutz. Der hinterste Teil, der Schopf, in welchem sich früher die Entsorgung befand, nicht. Dort könnte man bestimmt etwas realisieren. Konkrete Ideen, wie die Zukunft des Bleichi-Areals aussieht, hat der Gemeinderat noch nicht entwickelt. Insbesondere auch deshalb, weil bis jetzt nicht klar war, wie die Schulraumdebatte verläuft. Es bestehen Mietanfragen, aber konkret ist momentan nichts.

#### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für sämtliche Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Projektierung des Neubaus einer Zwei- oder Dreifachturnhalle bei der Sportanlage Hofmatten im Gesamtbetrag von CHF 540'000 (inkl. 8% MWST).*

wird mit 34 Ja-Stimmen zur 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13149 Sanierung und Umgestaltung der Allmendstrasse, Abschnitt Sorenbühlweg – Mattenhofweg**

Keller Anna, GPK: Eigentlich sollte nur der Strassenbelag erneuert werden. Dafür waren im Budget CHF 180'000 vorgesehen. Doch dann wurde festgestellt, dass vieles in diesem Strassenabschnitt nicht mehr in Ordnung ist und ebenfalls saniert oder angepasst werden muss. Statt alle zwei Jahre wieder die Baumaschinen auffahren zu lassen, soll der ganze Strassenabschnitt erneuert werden. Darum liegt uns jetzt dieser Bericht und Antrag vor, mit dem Antrag auf einen Verpflichtungskredit von CHF 388'000. Die Strassenentwässerung, sowie der Belag werden neu. Die Strasse wird schmaler, dafür das Trottoir mit dem von der Kantonsschule her weitergeführten Fahrradweg breiter und Rabatten bringen eine Abgrenzung zur Strasse. Das verbessert auch die Sicherheit in diesem Strassenabschnitt, bei welchem viele Schulkinder vom Schulhaus Bünz matt, aber auch Kantonsschüler sowie Schwimmbadbesucher unterwegs sind. Der Parkplatz vor dem Bünz mattschulhaus wird saniert und vergrössert. Alle Randsteine und die Höhen werden angepasst. Dass die Entwässerung und der Belag saniert werden, wird von allen GPK-Mitgliedern befürwortet. Wir fragten uns, ob der Rest nötig ist. Ja, sagt Christoph Meyer, Leiter Tiefbau der Abteilung Planung, Bau und Umwelt. Nur schon die Entwässerung kostet CHF 73'000, dazu kommen die Schächte, etc. Und wer möchte, dass bei den Parkplätzen nur bis zur Mitte saniert wird? Hingegen, ob die Strasse mehr Trottoir und weniger Fahrbahn aufweist oder umgekehrt, macht für die Kosten keinen Unterschied, weil die gesamte Strassenbreite gleich bleibt. Bemängelt wurde auch, dass eine detaillierte Kostenaufstellung in der Vorlage fehlt. Diese wäre interessanter gewesen als nur der Gesamtbetrag. Letztlich aber fanden fünf GPK-Mitglieder das Projekt gut ausgearbeitet und sinnvoll und stimmten dem Antrag zu, bei einer Gegenstimme und einer Abwesenheit.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Herzlichen Dank an Anna Keller für die Ausführungen zum vorliegenden Bericht und Antrag. Wie erwähnt wurde, war der Auslöser für dieses Projekt die Strassenbelagsanierung an der Allmendstrasse, zwischen Sorenbühlweg und Mattenhofweg. Sie kennen bestimmt die Situation vor Ort. Bei der Kostenschätzung rechnete man die Quadratmeter aus und danach den Preis pro Quadratmeter. Dort ist ersichtlich, wie teuer die Belagssanierung budgetiert wurde. Als man das detaillierte Bauprojekt danach erarbeiten wollte, stellte man fest, dass die Entwässerung und die Höhenlage der Strasse nicht mehr funktionieren. Aus diesem Grund löste es ein grösseres Projekt aus, als vorgesehen war. Der grosse Kostenpunkt ist schlussendlich, wie Anna Keller bereits erwähnt hat, dass die Entwässerung und die Randsteine wieder richtig in Stand gestellt werden müssen. Dies löst Mehrkosten aus, als bei der ursprünglichen Projektierung, bei welcher nur der Belag saniert worden wäre, angefallen wären. Ich werde mir die Freiheit nehmen, nach den Fraktionsvoten die einte oder andere Frage zu beantworten.

### Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir kamen mit dem festen Vorhaben in diese Sitzung, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Der Grund liegt darin, dass der Verpflichtungskredit einiges höher ist als der budgetierte Betrag. Wir wollten wissen, was die genaue Ursache für diese Mehrkosten sind. Im Bericht und Antrag sind die Gründe als Gesamtbetrachtung zwar aufgezählt, aber uns fehlten Details. Nun haben wir von Rabatten, Strassenverschmälerung, Bepflanzungen und so weiter gehört. Dank Arsène Perroud haben wir heute noch detailliert aufgezeigt bekommen, wie sich diese Zahl zusammensetzt und wo noch Sparpotenzial möglich ist. Natürlich ist aber mit den Sparmassnahmen immer die Frage verbunden, wie sinnvoll diese sind, da die ganze Strasse saniert wird. Aus diesem Grund werden wir den Rückweisungsantrag nicht stellen und somit den Verpflichtungskredit gutheissen.

Berns Sebastian, GLP/EVP: Wir werden der Sanierung und Umgestaltung der Allmendstrasse, Abschnitt Sorenbühlweg – Mattenhofweg einstimmig zustimmen. Uns überzeugte einerseits der Zeitpunkt, da diese Strasse sanierungsbedürftig erscheint und der Belag einige Schäden aufweist. Des Weiteren erachten wir es als sinnvoll, dass im gleichen Zug der Strassenabschnitt umgestaltet wird und somit ein wichtiger Aspekt, die Verkehrssicherheit, verbessert wird. Wichtig finden wir auch das Belagskissen, welches beim Knoten Sorenbühlweg/Allmendstrasse vorgesehen ist. Als ich Schüler im Bünz mattschulhaus war, musste ich bei dieser Kreuzung einige Unfälle miterleben. Da ich an diesem Projekt in meiner Funktion bei der Firma Scheidegger + Partner AG mitgearbeitet habe, enthalte ich mich meiner Stimme.

Burkard Thomas, Grüne: Es ist zwar eine teure Sanierung, aber wir die Grünen stimmen einstimmig dem gemeinderätlichen Antrag zu. Die Strasse ist zu diesem Zeitpunkt betreffend Sicherheit ein grosser Risikofaktor und muss saniert werden. Es bewegen sich täglich sehr viele Schülerinnen und Schüler auf dieser Strasse. Meiner Meinung nach muss sich die Gemeinde verpflichtet fühlen, die Sicherheit dort anzupassen und die Strasse für die Zukunft fit zu machen.

Meyer Martin, CVP: Auch die CVP erachtet eine Strassensanierung als sinnvoll. Ich selber wohne am Mattenhofweg und weiss, dass man dort sehr gut zu schnell unterwegs sein kann. Im Zusammenhang mit den Schulen und der Badi, welche in unmittelbarer Nähe sind, macht die Sanierung Sinn und die CVP unterstützt den Antrag einstimmig.

Muff Josef, SP: Nachdem die GPK dieses Geschäft ausführlich besprochen hat, folgen wir deren Empfehlung und stimmen dem Antrag einstimmig zu. Auf der Allmendstrasse wird allgemein zu schnell gefahren und dieses Thema sollte ebenfalls mal besprochen werden.

Lanz Christian, SVP: Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir eigentlich das gleiche Vorhaben hatten wie die FDP. Wir wollten einen Änderungsantrag stellen. Thomas Geissmann hat mir jedoch vorhin das Mail von Arsène Perroud mit den detaillierten Informationen weitergeleitet. In der Pause hat unsere Fraktion das weitere Vorgehen besprochen und kamen zum Entschluss, dass wir dem vorliegenden Antrag, zwar zähneknirschend aber grossmehrheitlich, zustimmen werden. Zum Anliegen von Josef Muff betreffend Geschwindigkeit auf der Allmendstrasse kann ich mitteilen, dass auf dem Sorenbühlweg und Mattenhofweg zwischen dem 1. Januar 2014 bis 2. August 2017 rund 28 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden. Das Resultat liegt mit 5224 kontrollierten Fahrzeugen bei 644 Überschreitungen. Es wird also gemessen.

### **Einzelvoten**

Geissmann Armin, FDP: Für die Zukunft wünsche ich mir vom Gemeinderat, dass solche Beträge und Bericht und Anträge besser detailliert vorgelegt werden, dass wir nicht stundenlange Diskussionen in den Fraktionen führen müssen. Besten Dank.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Besten Dank für die positive Aufnahme des Berichts. Gerne nehmen wir das Anliegen von Armin Geissmann entgegen, Sie in Zukunft besser zu informieren. Es ist manchmal schwierig die richtige Balance zu finden zwischen der Komplexität und der Tiefe des Berichts. Vor den Geschäftsprüfungskommissionssitzungen und Einwohnerratssitzungen legen zusätzliche Akten zu den behandelnden Geschäften jeweils auf der Gemeindekanzlei auf und können jederzeit eingesehen werden. Der Gemeinderat ist dementsprechend auch froh, wenn allfällige Fragen direkt an ihn gestellt werden.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Sanierung und die Umgestaltung der Allmendstrasse im Abschnitt Sorenbühlweg – Mattenhofweg im Gesamtbetrag von brutto CHF 388'000 (inkl. 8% MWST).*

wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zu 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13150 Sanierung und Umgestaltung Sorenbühlweg West**

Meyer Meinrad, Präsident GPK: Der Sorenbühlweg West ist sanierungsbedürftig. Die Vorlage zeigt drei Etappen, wovon der erste Bereich ab Allmendstrasse bis Eishalle zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden soll. Der Bereich 2 „vor der neuen Eishalle“ und der Bereich 3 „bis zur Nutzenbachstrasse“ sollen jetzt saniert und ausgebaut werden. Die Sanierung und der Ausbau vor der neuen Eishalle, also Bereich 2, waren in der GPK relativ unbestritten. Die Verbindung zur Nutzenbachstrasse gab aber Anlass zur Diskussion. Der Sportpark Bünz matt soll regional via Nutzenbachstrasse erschlossen werden und so zu einer Verkehrsentslastung in den Tempo 30-Zonen, also auch rund um das Schulhaus Bünz matt, führen. Diese Tatsache wurde von einigen GPK-Mitgliedern angezweifelt und sie sehen einen Ausbau dieses Teilstücks zum jetzigen Zeitpunkt als nicht notwendig. Die Umlagerung des Verkehrs funktioniere nicht, war die geteilte Meinung der GPK. Dieser Ausbau könne zu einem späteren Zeitpunkt angegangen werden, später wenn das ÖV-Netz über die Nutzenbachstrasse, Richtung Sportzentrum geführt wird. Faktisch könnte im Moment CHF 280'000 gespart werden. Die zweite Hälfte der GPK sieht die Notwendigkeit, die Sanierung und der Ausbau gemeinsam durchzuführen. Eine Etappierung verursacht immer höhere Kosten und ist in diesem Fall wo die Sanierung so oder so angegangen werden muss, absolut sinnlos. Der Kanton wird die Nutzenbachstrasse mit Priorität ausbauen und die Verbindung über den Sorenbühlweg ist zusammen mit dem Sportpark Bünz matt nur logisch. Mit dem Stichentscheid von mir als Präsident der GPK, empfehlen wir die Annahme des Verpflichtungskredits für die Sanierung und die Umgestaltung des Sorenbühlweg West im Abschnitt neue Eishalle bis Nutzenbachstrasse (Etappe 2 und 3) im Gesamtbetrag von CHF 1'100'000. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Wie Meinrad Meyer aufgezeigt hat, ist die gesamte Sanierung des Sorenbühlwegs bis hinunter zu der Nutzenbachstrasse in drei Etappen aufgegliedert. Der Teil der ersten Etappe befindet sich in einem guten Zustand und muss deshalb derzeit nicht saniert werden. Diese Etappe wurde zurückgestellt, wir wollten Ihnen jedoch aufzeigen, dass diese auch mitgedacht ist. Die Etappe 2 vor der Eisbahn ist zwingend notwendig vorzunehmen, auch jetzt mit dem Neubau der Eishalle. Nur so können wir die Zufahrt und das Parkierungskonzept richtig an das Strassennetz anschliessen. Die dritte Etappe, die Wellenpiste, bis hin zur Nutzenbachstrasse war bereits mehrere Male im Budget enthalten und wurde jeweils rausgestrichen oder verschoben. Der Sanierungsbedarf ist jedoch auf jeden Fall vorhanden. Zurzeit ist die Strasse schmal, teilweise um die vier Meter. Beim Kreuzen muss man jeweils auf das Parkett ausweichen und somit ist die Strasse nicht geeignet für den Begegnungsfall, wenn ein Auto auf ein Auto trifft oder ein Bus auf ein Auto. In Zukunft möchten wir den Verkehr, welcher zur Eishalle von dieser Seite her anfährt, nicht mehr durch die Quartiere im Dorf führen lassen, sondern über die Nutzenbachstrasse lenken. Ebenfalls möchten wir künftig den Sportpark Bünz matt mit dem öffentlichen Verkehr anschliessen. Dies ist mit dem heutigen Zustand und der heutigen Breite des Sorenbühlwegs nicht möglich. Der Kanton ist in der Planung der Sanierung der Nutzenbachstrasse, wovon ein Teil die Anbindung an den Sorenbühlweg betrifft. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates dem vorliegenden Antrag so zuzustimmen, damit die nötigen Arbeiten veranlasst werden können.

**Fraktionsmeinungen**

Berns Sebastian, GLP/EVP: Auch hier ist die Fraktion GLP/EVP einstimmig der Meinung des Gemeinderates. Überzeugt hat uns die Umgestaltung, vor allem in der zweiten Etappe im Bereich des neuen Eingangs der Badi. Auch die Verbreiterung der Strasse in der dritten Etappe sehen wir als zwingend. Bereits heute ist das Kreuzen sehr schwierig, stellen Sie sich jetzt vor, es kommt Ihnen noch ein Bus entgegen. Sinnvoll ist auch der neu geplante Gehweg zwischen dem heutigen Minigolfplatz und dem Sportareal, welcher mehr Sicherheit bringen wird. Aus dem gleichen Grund wie vorhin, werde ich mich bei diesem Geschäft enthalten.

Küng Magdalena, Grüne: Wir Grüne stimmen dem vorliegenden Antrag einstimmig zu. Der Sanierungsbedarf des Sorenbühlwegs wird klar aufgezeigt, abgesehen davon, dass er beim Betrachten der Strasse offensichtlich ist. Auch die Verankerung der verkehrsberuhigenden Massnahmen ist wichtig und korrekt. Aus unserer Sicht ist zudem speziell zu erwähnen, dass Etappe 3 mit der Vorbereitung auf einen eventuellen Ausbau des ÖV-Netzes sehr zu begrüessen ist. Entgegen allem Behaupten ist der Verkehr nämlich sehr

wohl steuerbar, indem man bequeme Voraussetzungen für alle Verkehrsteilnehmer schafft. Um den Individualverkehr möglichst klein zu halten, muss der Sportpark unbedingt am ÖV-Netz angeschlossen sein.

Meyer Martin, CVP: Wie in der GPK, war auch bei unserer Fraktionssitzung das Geschäft nicht ganz unbestritten. Die zweite Etappe ist von allen klar befürwortet worden. Die Etappe 3 wurde nicht einstimmig angenommen, da einige Mitglieder der Meinung sind, dass der Individualverkehr nicht geleitet werden kann. Die CVP wird dem vorliegenden Antrag mehrheitlich zustimmen.

Muff Josef, SP: Die SP wird die Vorlage unterstützen. Ich selber fahre regelmäßig diese Strasse entlang und frage mich, wie lange es wohl noch geht, bis etwas passieren wird. Wenn der Kanton die Nutzenbachstrasse saniert, sollten wir in Wohlen bereit sein, den Anschluss daran zu planen, gestalten und zahlen. Ich habe hierfür einen Plan ausgedruckt und da finde ich den Namen Flurweg, Parzelle 3913. Dies ist ein Feldweg, scheinbar ohne Namen. Meiner Meinung nach sollte dieser Eisbahnweg benannt werden.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir stimmen grossmehrheitlich für dieses Projekt. Wir haben den Sinn und Zweck eingesehen, dass es wichtig ist, die Zufahrt über diese Strasse zu nehmen. Zudem weiss ich, dass über 50% der Sportplatzbenützenden aus umliegenden Gemeinden kommen und zum Teil von weiter her bei grösseren Anlässen. Es ist demnach richtig, dass der Sorenbühlweg zur Sorenbühlstrasse (neuer Namensvorschlag für die Strasse) umgestaltet wird. Wenn man schon weiss, dass viele Besucher nicht aus Wohlen sind, ist es auch wichtig, dass man das Projekt beim Agglomerationsprogramm anmeldet, mit der Hoffnung, viel Geld zu erhalten. Gerne möchte ich von Arsène Perroud wissen, wie viel Geld man da rausholen könnte?

Kündig Adrian, SVP: Wir sind der Meinung, dass es sich beim Verpflichtungskredit von CHF 1'100'000 erneut um eine sehr hohe Summe handelt. Unsere Fraktion findet, dass momentan die Etappe 2, der Strassenbereich vor der neuen Eishalle und des Schwimmbades wichtig und notwendig ist. Die Etappe 3, Abschnitt neue Eishalle/Nutzenbachstrasse, kann auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der Bedarf einer Sanierung ist aus Sicht der SVP bei jedem Abschnitt gegeben, dies schon nur aufgrund der Sicherheit. Aber bestimmt nicht für den Bedarf von unnötigen Schikanen im Zusammenhang mit Tempo 30. Dass die Besucher in Zukunft über die Nutzenbachstrasse zum Sportpark Bünz matt anreisen sollen erachten wir als richtig. Diese Route wird jedoch nur von Einwohnern aus Villmergen, Dottikon und Anglikon benutzt. Die Mehrheit, Bürger von Wohlen, Waltenschwil und das ganze Reusstal mit der Region Mutschellen, werden weiterhin durch Wohlen über die Allmendstrasse zum Sportpark fahren. Deshalb ist eine spätere Sanierung vom Abschnitt 3 ebenfalls so wichtig wie der Abschnitt 1. Die aktuelle Situation mit den Parkplätzen, den Fussgängerzonen und den Tempo 30-Massnahmen ist sehr unbefriedigend. Die SVP Wohlen-Anglikon lehnt den Verpflichtungskredit für die Sanierung und die Umgestaltung des Sorenbühlwegs West grossmehrheitlich ab.

#### **Einzelvoten:**

Perroud Arsène, Gemeinderat: Das gesamte Bauprojekt wurde angemeldet beim Kanton. Konkrete Zahlen liegen jedoch nicht vor. Von der Gesamtsumme wird ein Prozentsatz von maximal 30 bis 35 Prozent vergütet. Erfolgt ist jedoch erst die Anmeldung. Ob wir für den Erhalt von Geldern diesbezüglich berechtigt sind, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

#### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Sanierung und die Umgestaltung des Sorenbühlwegs West im Abschnitt neue Eishalle bis Nutzenbachstrasse K265 (Etappen 2 und 3) im Gesamtbetrag von CHF 1'100'000 (inkl. 8% MWST)*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen zu 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Motion 13131 betreffend Risikosenkung für die Einwohnergemeinde bezüglich Pensionskasse/Personalvorsorge der Gemeinde Wohlen/Anglikon**

Palmieri Marco, parteilos: Am 27. April 2017 führte die SVP Wohlen-Anglikon eine Fachveranstaltung durch. Es referierte ein Fachreferent der VZ (Vermögens Zentrum) und man konnte ihm Fragen stellen. Vom Gemeinderat war Paul Huwiler anwesend und von den Ratskollegen waren nicht viele Personen anwesend. Die Pensionskasse der Gemeinde Wohlen läuft momentan über die Profond, eine teilautonome BVG-Stiftung. Die Vergangenheit zeigte, dass die Ausfinanzierung, die Deckungslücke, die Erhöhung des Deckungsgrades oder die Finanzierung der Wertschwankungsreserve in den letzten Jahren die Einwohnergemeinde über CHF 12'000'000 gekostet hat. Meiner Meinung nach unnötige Kosten durch bewusstes Eingehen von Risiken, welche die Steuerzahlenden zu begleichen haben. Mit der Wahl einer Vollversicherung hätten diese Kosten vermieden werden können. Der Pensionskassen-Vertrag läuft per Ende 2018 aus. Per 1. Januar 2019 hätten wir somit die Möglichkeit, von einer teilautonomen BVG-Stiftung zu einer Vollversicherung zu wechseln, welche sämtliche Risiken, wie Tod, Invalidität, Langlebigkeit, sowie das Anlagenrisiko, abdecken. Die Profond besitzt heute einen Aktienanteil von über 50%. Können Sie sich vorstellen, wohin der SMI gelangt, wenn es in Nordkorea losgeht? Wer deckt dann diese Situation? Deshalb wurde dieser Vorstoss eingereicht. Es wurde ein Kostendach vorgelegt und die ganze Umsetzung durch einen Fachspezialisten würde nicht mehr als CHF 10'000 kosten. Die Überweisung dieser Motion schulden wir unseren Steuerzahlern.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich nahm an dieser Fachveranstaltung teil und stellte diverse Fragen. Eine davon war, ob unsere momentane Versicherung möglicherweise eine falsche Versicherung für die Gemeinde Wohlen ist. Der Experte antwortete darauf, dass die Versicherungsformen nicht gross relevant ist, sofern man weiss, welche Versicherungsform man hat und diese im Auge behaltet. Es geht darum, dass in unserer Art der Pensionskassenversicherung Unterdeckungen entstehen können, welche später ausfinanziert werden müssen. Die Forderung des Antrags lautet, dass diese Unterdeckungen zukünftig nicht durch die Einwohnergemeinde auszugleichen sind. Im Pensionskassen-Markt gibt es diese zwei Modelle, Vollversicherung und teilautonome Versicherung. Vollversicherung sind beispielweise AXA Winterthur, Pax oder Swislife. Bei einer Vollversicherung trägt die Versicherungsgesellschaft sämtliche Risiken und lässt sich diese auch bezahlen. In der Motion steht, dass die Absicherung nicht durch den Steuerzahlenden erfolgen soll. Wir haben uns bei unserer Pensionskasse versichern lassen, dass eine Absicherung nicht in jedem Fall durch Steuergelder ausgelöst wird. Wenn eine Unterdeckung erreicht wird, wird eine solche Versicherung zu einem Sanierungsfall. Es bestehen mehrere Methoden, einen solchen Fall zu retten, beispielweise kann das Kapital weniger verzinst werden. Der Mitarbeitende zahlt mit und es ist nicht richtig, dass immer nur der Arbeitgeber alleine sämtliche Lasten zu tragen hat. Im Jahr 2008 haben wir von der APK zur Profond gewechselt. Dies war ein harter Wechsel, da gleichzeitig auch das System vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat geändert hat. Früher wusste jemand, wie viel Geld er bei einer Pensionierung erhält. Heute ist dies nicht mehr so, sondern es wird aufgrund der geleisteten Zahlung gerechnet. Bei dieser Gelegenheit musste die APK ausfinanziert werden, da sie beim Wechsel nicht bei 100% lag. Es handelte sich ursprünglich um eine staatliche Kasse. Da der Staat jedoch selber keine grösseren Einzahlungen geleistet hatte, entstand im Laufe der letzten Jahrzehnte diese Unterdeckung, welche dann beim Wechsel der Pensionskasse durch diese grossen Beträgen ausfinanziert werden musste. Die Gemeinde Wohlen wusste, was in Zukunft auf sie zukommen wird, sofern man Mitglied der Aargauischen Pensionskasse bleiben würde. Man rechnete die Daten auf den einzelnen Mitarbeitenden durch und erkannte, dass bei den gleichen Leistungen die Pensionskasse teurer werden würde. Aus diesem Grund entschied der Gemeinderat, eine Ausschreibung für allfällige Alternativen zu tätigen. Man verglich verschiedene Angebote und Profond gewann mit ihrem Angebot. Durch den Wechsel zur Profond entstanden in den letzten zehn Jahren Vorteile für die Gemeinde Wohlen von CHF 1'700'000, sowie CHF 1'100'000 für die Mitarbeitenden. Wie bereits erwähnt, halten wir die Pensionskasse ständig im Auge und besitzen intern über eine Personalvorsorgekommission, welche sich diesem Thema periodisch annimmt. Zugegeben ist Profond eine der Kassen, welche an den oberen Anschlag geht, wenn es sich beispielweise um den Aktienanteil handelt. Aber sie bewegt sich immer im gesetzlichen Rahmen und unternimmt nichts Illegales. Ein beantragter Wechsel zu einer Vollversicherungs-Kasse mit den gleichen Leistungen wird auf jeden Fall teurer werden. Das Risiko, welche diese Gesellschaften tragen, lassen sie sich zahlen. Der Gemeinderat empfiehlt aus diesen Gründen die Motion nicht zu überweisen.

## Fraktionsmeinungen

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die FDP/Dorfteil Anglikon ist einstimmig gegen die Überweisung dieser Motion. Eine Risikosenkung bedeutet eine Prämienhöhung und dies auch auf der Seite der Mitarbeitenden. Die Fragestellung ist eine typische Verwaltungsangelegenheit. Paul Huwiler hat uns soeben wunderbar aufgezeigt, dass sie diese Aufgabe auch wahrnehmen. Die Fachkompetenz ist innerhalb der Verwaltung vorhanden und es gehört nicht zur Aufgabe eines Motionärs einen ausgewiesenen, neutralen Fachspezialisten vorzuschlagen. Die Abklärungen sind nicht dringlich. Es ist offensichtlich, dass bei einer Vertragserneuerung neue Offerten eingeholt und angeschaut werden.

## Einzelvoten

Palmieri Marco, parteilos: Im Vorsorgereglement ab 1. Januar 2017 der Profond findet man einen Artikel (Art. 59) betreffend Massnahmen bei Unterdeckung. Der Gemeinderat müsste diesen Artikel kennen und aus diesem Grund für eine Überweisung der Motion stimmen. Im Absatz 4 dieses Artikels steht:

*„Beträgt die Unterdeckung von Profond im Zeitpunkt der Auflösung einer Anschlussvereinbarung mehr als 10 Prozent (erhebliche Unterdeckung), ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Unterdeckung auf dem Vorsorgekapital der aktiv versicherten Personen des Vorsorgewerkes per Vertragsende auszugleichen (Nachschusspflicht des Arbeitgebers). Profond kann vor der Auflösung der Anschlussvereinbarung bei einer sich abzeichnenden erheblichen Unterdeckung verlangen, dass der Arbeitgeber eine entsprechende Akontozahlung leistet.“*

Unter „Kommentar“ ist erwähnt, dass für den Arbeitgeber ab dem 1. Januar 2019 eine Nachschussverpflichtung auf diese Unterdeckung, falls der Deckungsgrad der Profond unter 90% fällt, gilt. Es gibt bereits Pensionskassen, welche bei diesem Deckungsgrad liegen und es muss nicht lange gehen, bis wir auch bei diesem Wert sind.

Muff Josef, SP: Meine Frage lautet, wer für diese Aufgabe zuständig ist? Gehört dieses Thema in den Einwohnerrat?

Huwiler Paul, Vizeammann: Diese Frage hat sich der Gemeinderat ebenfalls gestellt. Falls ein Pensionswechsel ansteht, wird eine Mehrheitszustimmung sowohl des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer benötigt. Die Profond hat momentan ein Deckungsgrad von 107,5% und man reduziert diesen über 20% ehe eine solche Sanierung zum Tragen kommt.

## Abstimmung

*Die Motion 13131 betreffend Risikosenkung für die Einwohnergemeinde bezüglich Pensionskasse/Personalsvorsorge der Gemeinde Wohlen/Anglikon*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Postulat 13132 betreffend Zukunftsgestaltung der Pensionskasse mit Abzug des Koordinationsabzug/Personalvorsorge der Gemeinde Wohlen/Anglikon**

Palmieri Marco, parteilos: Hier befinden wir uns wiederum in einer Pensionskasse-Situation. Die Koordinationsabzüge auf den Versicherungsleistungen werden bis anhin nicht getätigt. Wer mit dem Thema vertraut ist, weiss, dass nicht gemachte Koordinationsabzüge auf den Leistungen der Versicherung zu einer Doppelversicherung führen. Die Doppelversicherung bringt weder dem Zahlenden noch der Gemeinde als Arbeitgeberin etwas, sie kostet nur. Keine Versicherung bezahlt zwei Mal den gleichen Fall. Deshalb gibt es den Koordinationsabzug. Die AHV-Stelle kommt in einer ersten Etappe bis zu CHF 25'000 auf. Alle Beträge darüber gleicht die Pensionskasse aus. Wenn wir Geld sparen möchten, müssen wir dieses Postulat überweisen. Falls es sich jedoch nur um eine persönliche Sache handelt, müsste man das Postulat, wie vorhin die Motion, ablehnen. Auch der neutrale Versicherungsberater stimmte mit unserer Meinung überein, dass es dies nicht braucht, keine Vorteile für die Mitarbeitenden bringt und die Gemeinde Wohlen nur Geld kostet.

Huwiler Paul, Vizeammann: Wir bitten Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Ich möchte an das Votum von Samuel Keller anknüpfen. Es ist logisch, dass bei einer Vertragserneuerung alles ganz genau geprüft und angeschaut wird. Der Gemeinderat wird dieses Vorgehen von sich aus gehen, dazu benötigt es kein Postulat. Im Postulat handelt es sich stets um den Risikoteil, Invalidenrente, Ehegattenrente, Kinderrente und um das Todesfallkapital. Es geht um Fälle, welche glücklicherweise sehr selten vorkommen.

**Einzelvoten**

Geissmann Thomas, FDP: Ich habe ein Verständigungsproblem. Marco Palmiere sagte in seinem Votum, dass die Arbeitnehmenden vom Wegfall des Koordinationsabzugs keine Vorteile erhalten. In meinem Verständnis generiert der Teil bis CHF 25'000 eine zusätzliche Rente und davon kann der Arbeitnehmer durchaus einen Vorteil erzielen. Stimmt diese Aussage?

Huwiler Paul, Vizeammann: Es ist tatsächlich in diesem Teil eine mögliche Konstante, welche angeschaut werden muss. Wenn man eine IV-Rente erhält, bekommt man zuerst einen Bestandteil der IV-Rente von der AHV. Der Rest wird durch die Pensionskasse finanziert. Wenn man nun zu viel versichert hat, kommt man auf beispielsweise 115%, welche man zugut hätte. Eine Rente wird nie zu über 100% ausbezahlt. Deshalb hat der Ansatz von Marco Palmieri was und wir werden diesen anschauen. Aber hier geht es immer nur um die Risikogeschichte und nicht um den versicherten Sparlohn. Beim Sparlohn ist es ganz anders.

Palmieri Marco, parteilos: Ich danke dem Gemeinderat für die Richtigstellung und für die Entgegennahme dieser Aufgabe. Im Moment kostet sie uns jährlich CHF 50'000 und bringt niemanden was.

Geissmann Thomas, FDP: Weshalb ist der Gemeinderat gegen die Überweisung des Postulats, wenn sie klar mitteilen, dass sie dieses Thema betrachten werden?

Huwiler Paul, Vizeammann: Wie bereits gesagt, werden wir das Thema anhand der Vertragserneuerung ohnehin prüfen. Eine Überweisung des Postulats ist daher nicht nötig. Ebenfalls bezweifle ich den Betrag von CHF 50'000.

**Abstimmung**

*Das Postulat 13132 betreffend Zukunftsgestaltung der Pensionskasse mit Abzug des Koordinationsabzug/Personalvorsorge der Gemeinde Wohlen/Anglikon*

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Motion 13133 betreffend Steuerfussausgleich**

---

Palmieri Marco, parteilos: Die Motion möchte Transparenz schaffen und zeigt auf, wo unsere Konzentration liegt. Es soll nicht mehr Geld zum Ausgeben verteilt werden. Es wurde eine Berechnung erstellt, welche stimmt und von Aarau überprüft wurde. Es ist beispielsweise ersichtlich, dass im Jahr 2017 gemäss geltendem Recht ordentliche Beiträge, Sonderbeiträge und Ausgleichsbeiträge im Betrag von CHF 1'600'000 vorliegen. Mit dem neuen Recht (Finanzausgleichsbeitrag) kommen wir auf CHF 4'400'000. Die Differenz beträgt ein Plus von CHF 2'700'000. Im Vergleich mit den Steuereinnahmen entspricht dies eine Steuerfussenkung von 8,9%. Der Gemeinderat hätte dann immer noch das gleiche Budget. Aus diesem Grund stellen wir auch die Anforderung, den Steuerfuss auf 105% zu senken. Wenn man den Steuerfuss, wie im Budget 2018 ausgewiesen ist, auf 110% reduziert, entspricht das einer Zunahme von 5,9%. Fairerweise sollte dies offen der Bevölkerung kommuniziert werden. In den letzten Jahren zeigte sich, dass alles Geld ausgegeben wird. Deshalb ist es besser weniger Geld in der Tasche zu haben. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Die Motionäre streben vor allem eine Steuerfussdebatte an. Für dieses Thema haben wir grundsätzlich die Budgetdebatte vom 16. Oktober 2017. Dort hat der Einwohnerrat die Chance, zum Steuerfuss Stellung zu nehmen und Anträge zu stellen. Es ist korrekt, dass mit dem Finanz- und Lastenausgleich ein Steuerabtausch von 3% gemacht werden muss. Ich bitte Sie, die Motion abzuweisen und im Rahmen der Budgetdebatte über den Steuerfuss zu diskutieren.

**Einzelvoten**

Palmieri Marco, parteilos: Nur als kleine Anmerkung, ob dieses Thema im Einwohnerrat besprochen werden sollte oder nicht: Der Gemeinderat von Wettingen hat genau eine solche Motion vor zwei, drei Monaten entgegengenommen.

**Abstimmung**

*Die Motion 13133 betreffend Steuerfussausgleich*

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen zu 3 Enthaltungen abgewiesen.

**Motion 13135 betreffend rasche Realisierung der Aufwertung der Zentralstrasse**

Lütolf Harry, CVP: Die Motion ist von der Fraktion CVP. Für die CVP ist es schleierhaft, weshalb der Gemeinderat die Motion nicht entgegennehmen möchte und nicht Feuer und Flamme für diesen Vorstoss ist. Es ist auch das Anliegen des Gemeinderates, dass die Zentralstrasse endlich aufgewertet wird. Der Gemeinderat hat in verschiedenen Papieren mehrmals klargestellt, dass es sich beim Thema Zentralstrasse um ein wichtiges Projekt für Wohlen handelt, welches als Herzensangelegenheit angesehen wird. Die Aufwertung der Zentralstrasse soll für das Gewerbe, sowie auch für die Einwohner von Wohlen realisiert werden. Der Gemeinderat hat bis vor kurzem im Finanzplan dieses Thema für dieses Jahr vorgesehen. Im neuen Finanzplan wurde dies jedoch aufgrund des Kantons überarbeitet. Der Einwohnerrat hat im Jahr 2010 beschlossen, das Projekt anzugehen. Dieses Geschäft ist bereits seit sieben Jahren pendent. Der einzige Grund, weshalb dieses Projekt nicht angegangen wird, liegt in Aarau. Der Knopf ist beim Kanton, dass dieses Geschäft nicht vorangetrieben wird. Auf der einen Seite kann man noch jahrelang Warten bis der Kanton das Projekt anpackt, da der Kanton eine andere Prioritätenliste aufweist als wir. Aber uns als Gemeinde muss wichtig sein, was bereits beschlossen worden ist und dass dies möglichst rasch umgesetzt wird. In einem Postulat der CVP vom 14. Juni 2016 betreffend Kantonspolizei-Posten hiess es seitens des Gemeinderates, dass er alles im Griff habe und man das Vorhaben so durchsetzen kann. Schlussendlich ging alles den Bach runter. Hier könnte es genau gleich laufen. Die Motion könnte vom Gemeinderat entgegengenommen werden und dank der Rückendeckung durch den Einwohnerrat kann dieser beim Kanton besser auftreten. Logischerweise wird das gleiche Powerplay im Grosse Rat durchgespielt. Mit geeinten Kräften sollte es möglich sein, dieses wichtige Projekt für Wohlen endlich durchsetzen zu können. Es bringt dem Dorf extrem viel für seine Attraktivität. Es handelt sich um Standortmarketing in Reinkultur und Leute lernen die Qualität von Wohlen zu schätzen. So wie sich die Zentralstrasse momentan präsentiert ist sie nicht attraktiv genug. Wie Sie wissen, haben wir ein Ladensterben an der Zentralstrasse und das wird ziemlich sicher so weitergehen, wenn nicht schleunigst gehandelt wird. Man soll beim Kanton Druck ausüben.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Die Situation hat sich seit den letzten Fragen der CVP-Fraktion nicht geändert. Der Kanton priorisiert seine Strassen anders als eine Gemeinde. Die Zentralstrasse befindet sich in einem technisch guten Zustand und deshalb sieht die zuständige Abteilung in Aarau keinen Grund, diese Strasse schneller und anders zu priorisieren. Aber es stimmt nicht, dass der Kanton nicht aktiv ist. Wir stehen im engen Kontakt mit der zuständigen Abteilung beim Kanton und hatten letzte Woche eine Sitzung betreffend einem anderen Thema. In der Gemeinde Wohlen stehen ganz viele Strassenprojekte von Kantonsstrassen an (Friedhofstrasse, Jurastrasse, Zentralstrasse, usw.). Es ist unsere Aufgabe, einerseits die Projekte mit der Abteilung beim Kanton in einen organisatorischen sinnvollen Ablauf zu bringen und andererseits einen finanzpolitisch vertretbaren Ablauf zu schaffen. Der Kanton sieht in den nächsten zehn Jahren vor, rund 20 bis 30 Millionen Schweizerfranken in Strassen zu investieren. Dem Gemeinderat ist es nicht klar, was mit der Motion gemacht werden soll. Sollen wir dem Regierungsrat einen lieben Brief schreiben mit unseren klaren Vorstellungen? Aus unserer Sicht her wurde alles getan, in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Tiefbau, dass diese verschiedenen Projekte problemlos realisiert werden können. Diese Motion bringt uns keinen Schritt weiter und wir bitten Sie, die Motion abzulehnen.

**Fraktionsmeinungen**

Lanz Christian, SVP: Es handelt sich nicht um die Belagssanierung der Zentralstrasse, sondern um die Steigerung der Attraktivität im Dorf. Die SVP Wohlen-Anglikon unterstützt die Überweisung der Motion. Die Zentralstrasse soll für die Menschen attraktiv gemacht werden und nicht für den Verkehr.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Selbstverständlich wünscht sich auch der Gemeinderat, dass eine Attraktivitätssteigerung stattfindet. Der Kanton gibt eine ganz klare Aussage. Eine Strasse besitzt eine Lebensdauer und einen Wert, welche jährlich abgeschrieben werden. Es erstaunt mich wirklich, dass aus politischer Optik diese Äusserung von der SVP erfolgt ist. Denn wir werden einen grösseren Kostenanteil zu tragen haben. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse und dort ist der Kanton federführend. Sobald ein Mitfinanzierungsantrag vom Kanton vorliegt, können Sie diesem zustimmen. Bei all diesen Bauprojekten haben wir eine grosse Mitfinanzierung zu tragen. Der Kanton sagt klar, dass sich die Strasse in einem

guten Zustand befindet. Bei einer jetzigen Sanierung finanziert man den aktuellen Wert mit. Die Motion möchte den Gemeinderat unterstützen bei seinen Debatten mit der Abteilung Tiefbau beim Kanton. Meiner Meinung nach sind diese Verhandlungen bereits so weit fortgeschritten und im Finanzplan werden die Projekte abgebildet und aufgezeigt.

### **Einzelvoten**

Lütolf Harry, CVP: Wie Christian Lanz richtig argumentiert hat, handelt es sich nicht um eine Sanierung, sondern um eine Aufwertung der Zentralstrasse. Wollen wir nun noch mindestens zehn Jahre warten bis da endlich mal was geht? Ist es uns das wert? Der Kanton hat in seiner Finanzplanung auf diesem Perimeter nichts eingestellt. Was ist der Vorteil für Wohlen, wenn die Nutzenbachstrasse ausgebaut wird, aber an der Zentralstrasse nichts passiert? Es gehört mehr dazu, als den Belag sanieren. Der Gemeinderat wusste von Anfang an, dass man Geld in die Hand nehmen muss. Es ist logisch, dass uns die Sanierung vom Kanton nicht geschenkt wird.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Bei der Zentralstrasse handelt es sich noch nicht um ein Projekt, sondern um ein Konzept. Sofern der Kanton die Zentralstrasse im 2024 umsetzen möchte, muss er jetzt mit der Planung starten. Im nächsten oder übernächsten Jahr werden dann das Vorprojekt respektive danach das Bauprojekt gestartet. Es handelt sich um eine sehr aufwändige Geschichte und momentan reden wir erst von einem Konzept. Da das ganze Projekt beim Agglomerationsprogramm angemeldet wurde, ist der Kanton verpflichtet, die Sanierung und Aufwertung der Zentralstrasse bis 2027 umzusetzen, sonst profitiert der Kanton Aargau, sowie die Gemeinde Wohlen nicht mehr von den Geldern des Bundes. Der geplante Baubeginn gemäss Kanton ist 2024. Es stimmt schlicht und einfach nicht, dass hier nichts geplant ist. Aber wir haben gewisse Sachzwänge und deshalb müssen wir diese in einen organisatorischen und finanzpolitischen Ablauf bringen.

Keller Samuel, FDP: Von Geschäftsinhabern an der Zentralstrasse wurde ich bereits mehrmals angesprochen, wann dieses Projekt endlich umgesetzt wird. Gemäss Matthias Jauslin sind die Pläne bereits so weit fortgeschritten, dass sie bereit wären. Als Einwohnerrat höre ich nur ständig diese Gerüchte um die Zentralstrasse.

Manimanakis Corinne, SP: Ich finde es sehr erstaunlich, wenn man das Wünschbare vom Machbaren unterscheidet. Ich denke, jeder von uns hätte gerne eine schöne Zentralstrasse und zwar so schnell wie möglich. Aber es muss doch verständlich sein, dass nicht Alles auf einmal möglich ist. Ich verstehe nicht, weshalb genau diejenigen das fordern, welche sich sonst immer für das Sparen aussprechen.

Palmieri Marco, parteilos: Diese Motion ist ein Wunschdenken. Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Läden, welche nun am Aussterben sind, nach der Aufwertung der Zentralstrasse ihre Räumlichkeiten wieder öffnen werden? Die Entwicklung ist bereits im Vormarsch. Auch mit einer schönen Zentralstrasse werden die Geschäfte nicht zurückkommen. Ehrlichgesagt haben wir für die Aufwertung kein Geld.

Meyer Meinrad, CVP: Mit einer Motion können wir politischen Druck ausüben. Diese Mittel stehen einem Parlament zur Verfügung und damit zeigt die Gemeinde Wohlen den politischen Willen. Die Motion ist ein wichtiges Zeichen nach Aarau.

### **Abstimmung**

*Die Motion 13135 betreffend rasche Realisierung der Aufwertung der Zentralstrasse*

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen zu 2 Enthaltungen abgewiesen.

**Antwort zur Anfrage 13108 betreffend Vollzug des Reglements über den Ausgleich von Planungsmehrwerten und Überbauungspflicht**

Lanz Christian, SVP: Ich habe ein paar Fragen zur Antwort des Gemeinderates und beantrage die Diskussion.

**Abstimmung über Diskussion**

Die Diskussion wird mit 29 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen zu 2 Enthaltungen beschlossen.

**Diskussion**

Lanz Christian, SVP: Die Antworten sind so formuliert, dass der Zeitplan und die Konsequenzen der Unterlassung, sprich Daten der Einzonungs-Beschlüsse, Daten der Vertragsabschlüsse und die Anzahl der offenen, nicht geregelten, Einzonungen, nicht ersichtlich sind. Bei der Antwort 1 stelle ich folgende Frage: Was passiert mit den Gebieten respektive den Flächen, welche ohne Verträge zur Mehrwertsabschöpfung eingezont und bereits schon überbaut sind? Bei der Frage 3: Eigenartig ist es schon, dass der Einwohnerrat am 4. November 2013 die Revision des Bauzonenplanes beschlossen hat. Bis spätestens zu diesem Datum hätten die Verträge mit den Grundeigentümer abgeschlossen sein sollen. Wieso wurde das bis dahin nicht erfolgt? Die letzte Frage geht um die Antwort 5: Was ist noch zu erwarten? Wie viele Franken gehen noch verloren? Wie viele Verträge müssen noch abgeschlossen werden? Was übernimmt der Gemeinderat, wenn der profitierende Grundeigentümer nicht mehr bereit ist, zu unterschreiben?

Huwiler Paul, Vizeammann: Dieses Geschäft habe ich geerbt und als erstes mit der Realisierung der grossen zwei Vertragswesen begonnen. Es handelt sich um die Zahl CHF 1'300'000 und die Thematik der SBB, welche hinlänglich bekannt ist von CHF 3'400'000. Diese zwei Grundstücke wurden als erstes angegangen. Die Verträge wurden erstellt und auch abgeschlossen. Diese zwei Millionenverträge sind gesichert und der eine davon wurde auch bereits einbezahlt. Der andere Betrag wird fällig, sobald das Grundstück verkauft wird oder auf dem Grundstück gebaut wird.

Zur Frage 1: Es steht, dass insgesamt 140 Parzellen betroffen sind. Das Projekt wird momentan abgearbeitet. Jede Parzelle muss zuerst einzeln betrachtet und geschätzt werden. Danach wird abgewägt, ob man in eine Vertragsverhandlung einsteigen möchte oder der Geldwert zu gering ist, da auch Parzellen von einer Gesamtfläche von 1 m<sup>2</sup> vorhanden sind. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt erstellt momentan eine Liste, bei welchen Grundstücken eine Vertragsverhandlung stattfinden soll und bei welchen nicht. Im Reglement steht, dass der Gemeinderat beschliessen darf, ob eine Mehrwertabschöpfung nicht relevant ist. Ob die Vertragsverhandlungen mit allen abgeschlossen werden können, kann ich momentan nicht sagen. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die Mehrwertabschöpfung in diesem Fall nicht verfügt werden kann, sondern auf eine Vertragslösung beharrt, bei welchem beide Parteien einverstanden sein müssen. Wie Sie mitbekommen haben, hat sich das Raumplanungsgesetz geändert und das neue Gesetz ist bereits in Kraft. Der Kanton Aargau hat in seinem übergeordneten Gesetz geregelt, dass künftig eine Mehrwertabschöpfung verfügt werden darf. Der Gemeinderat sieht es als grossen Erfolg, dass die zwei grossen Grundstücke über eine Vertragslösung beschlossen wurden. Gerne beantworte ich noch weitere Fragen.

Lanz Christian, SVP: Was ist mit den Grundstücken, welche bereits überbaut sind?

Huwiler Paul, Vizeammann: Man muss eine einvernehmliche Lösung finden. Falls keine Lösung gefunden werden kann, muss gewartet werden, bis das nächste Mal bautechnisch auf dem Grundstück was passiert. Mehrere Ausführungen kann Ihnen Roland Konrad, Leiter Abteilung Planung, Bau und Umwelt geben. Ich darf noch ergänzen, dass das Reglement für die Mehrwertabschöpfung momentan beim Gemeinderat in Revision ist und demnächst dem Einwohnerrat präsentiert wird.

Konrad Roland, Leiter Abteilung Planung, Bau und Umwelt: Ich habe den Worten von Paul Huwiler nichts mehr anzufügen. Wir sind in Verarbeitung der einzelnen Grundstücken. Der Gemeinderat wird danach einen Entscheid treffen, welche weiter verfolgt werden und welche nicht.

Lanz Christian, SVP: Welcher Betrag ist aus dem Nutzen circa zu erwarten?

Huwiler Paul, Vizeammann: Das kann ich leider nicht sagen. Die Problematik liegt darin, dass mit jedem Grundstückeigentümer ein Vertrag ausgearbeitet werden muss. Damit man eine Basis hat, wird eine Schätzung vor und nach der Einzonung vorgenommen. Alleine beim Grundstück der SBB waren es mehr als eine Schätzung. Gestützt auf Fachgutachten werden diese Grundstücke geschätzt. Die Schätzungen sind stets mit einem gewissen Risiko behaftet und deshalb kann ich nicht sagen, wie hoch der Betrag sein wird.

Lanz Christian, SVP: Die SBB war natürlich ein Sonderfall. Sie hat sich gewehrt, weil der Gemeinderat die Erstellung der Verträge verpasst hat.

**Antwort zur Anfrage 13140 betreffend Mietverträge gemeindeeigene Liegenschaften**

---

Lanz Christian, SVP: Ich beantrage die Diskussion.

**Abstimmung über Diskussion**

Die Diskussion wird mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Enthaltung beschlossen.

**Diskussion**

Lanz Christian, SVP: Es ist eine lange, leidige Geschichte. Die Motion handelt nicht um Mietobjekte, wie der Gemeinderat sie auslegt. Es handelt sich nicht um das Geissmann-Haus oder die IBW-Schüür. Es handelt sich um Mietobjekte, welche die Gemeinde in Form von Pachtland oder Bauland vermietet. Ein grössere Fläche Land wird für CHF 72.00 im Jahr verpachtet. Das ist ja lächerlich, dass daraus kein Geld realisiert wird. So wird jede Antwort anders ausgelegt, weil man nicht weiss, was zu machen ist. Abschliessend möchte ich mitteilen, dass mit der neuen Angestellte in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt diese langjährige Angelegenheit endlich angenommen wird und zum Ziel geführt wird. Ebenfalls hoffe ich auf Unterstützung des Gemeinderates.

Duschén Andrea, Präsident: Der Gemeinderat nimmt keine Stellung zum Thema.

Lanz Christian, SVP: Damit stelle ich fest, dass der Gemeinderat nicht mehr weiss, was mit dieser Geschichte zu machen ist. Ich bitte Roland Konrad diese Angelegenheit mit Zeliha Kuscuoglu in die Hand zu nehmen und umzusetzen. Vielen Dank.

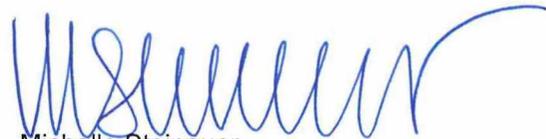
Duschén Andrea, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 16. Oktober 2017 statt. Sitzungsbeginn ist wie üblich beim Budget um 18.00 Uhr. Die Traktanden sind Budget 2018 und Finanzplan 2018 bis 2027.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Andrea Duschén  
Präsident



Michelle Steinauer  
Gemeindeschreiber-Stv.